Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich 55 **Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 97. **Freitag den 26. April 1901.** 8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.*)

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.“)

Berlin, den 24 April 1901.

Der Reichstag, der etwas besser als in den voraufgegangenen Tagen besetzt war, erlebte heute beinahe so etwas wie eine „große“ Sitzung. Auf der Tagesordnung stand nämlich die Vorlage betr. die Bahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro, genauer die Vorlage betr. die Uebernahme der Zinsgarantie für diese Bahn seitens des Reiches. Die „Stichbahn“ Dar-es-Salaam —Mrogoro spukt schon länger in den Verhandlungen des hohen Hauses umher; hinter ihr spukt noch ein anderes, weit größeres Gespenst, pardon, Projekt: die große ostafrikanische Zentralbahn, die in Erweiterung der genannten Stichbahn-Strecke die afrikanische Ostküste mit den zentralafrikanischen Seen verbinden soll. — Vor einigen Monaten hat der Reichstag den Bau der Stichbahn abgelehnt; die Mehrheit ließ sich aber eine Resolution aufschwatzen, in der die Regierung aufgefordert wurde, die Bahn durch privates Kapital bauen zu lassen. Mit einer Hurtigkeit, die man sonst just nicht bei ihr gewohnt ist, ist die Regierung dieser Aufforderung nachgekommen und hatte einen Vertrag mit einem Bankkonsortium abgeschlossen; einen Vertrag allerdings, der die Spuren eiliger Arbeit mit handgreiflicher Deutlichkeit auf der Stirne trägt. — Mir nichts, dir nichts soll das Reich die Garantie erst für die drei-vier-, dann für die dreiprozentige Verzinsung der 24 Millionen übernehmen, mit denen das betreffende Konsortium den Bau der Dar-es-Salaam—Mrogoro-Strecke bewerkstelligen will. — Man scheint an sehr hoher Stelle sehr hohen Werth auf die Vorlage zu legen. War doch Graf Bernhard Bülow selbst zur Stelle, um seine im schönen Venedig bei der lieben italienischen Schwiegermutter wiederhergestellten Kräfte in den Dienst des Entwurfes zu stellen. Nöthig hatte der Entwurf diese Unterstützung; fast allseitig wurde er mehr oder minder abfällig kritisirt; zumal mit dem Vertrage mit dem Bankkonsortium zeigte sich keiner der zahlreichen Redner, die zu Worte kamen, zufrieden. Und der Kolonialdirektor Dr. Stübel ist wahrhaftig nicht der Mann, der eine unschmackhafte Speise dem Reichstage in einer schmackhaften Sauce zu servieren weiß. Beinahe ergreifend ist übrigens der unerschütterliche Glauben an das Edle und Gute im Menschen, den der Herr Leiter unseres Kolonialamtes heute bewies: er ist felsenfest davon überzeugt, daß das deutsche Kapital nicht der schnöden Profitsucht halber, sondern aus purer Begeisterung für Deutschlands Herrlichkeit in den Kolonien Verwendung sucht. Es giebt also doch noch in dieser schnöden Zeit des Materialismus gute und gläubige und gefühlsvolle Seelen.

In wuchtigen und trefflichen, mit satirischen Ausfällen auf das Treiben der Kanalfronde — die in Preußen Kanäle verweigert, in den ostafrikanischen Wüsteneien aber Eisenbahnen bauen will — gespickten Reden geißelten Eugen Richter und Bebel die Vorlage, den an allerlei schönen Fabeln erinnernden Vertrag, den die Regierung mit dem Bankkonsortium eingegangen, die „Konzertmalerei“ des Grafen Bülow sowie die Luftschlösserfabrikation der Kolonialfexe, die sich freilich sehr wohl hüten, in die eigenen Taschen zu greifen. Auch der Kritik, die der Zentrumsabg. Müller-Fulda übte, fehlte es nicht an Schärfe, aber zur prinzipiellen Ablehnung gelangte natürlich der Reichssteuervater und Wortführer der allmählich nationalliberal gewordenen „ausschlaggebenden“ Zentrumsfraktion nicht. Daß die spezifischen Khakiabgeordneten, der alldeutsche Hasse, der christliche Urteutone Arendt und der Konservative Graf Stolberg, für die Vorlage eintraten, war selbstverständlich. Um so bedeutungsvoller war, daß auch diese sich trotz allen guten Willens nicht für den Vertrag zu ereifern vermochten. Daß auch die nicht-spezifischen, kolonialschwärmerischen Konservativen, für die der Abg. v. Waldow und Reitzenstein das Wort führte, sich im Allgemeinen für die Vorlage aussprachen, dürfte daraus zu erklären sein, daß sie es der Kornzölle halber für nöthig erachten, ihre Kanalfeindschaft durch um so verständnißinnigeres Eingehen auf andere allerhöchste Wünsche ein wenig zu verschleiern. Anerkannt soll werden, daß der Rein- und Vollblutagrarier Lucke nicht mitmachte und sich strikte gegen die Zinsgarantie und die ganze Vorlage erklärte. Formell am geschicktesten sprach dagegen für diese der Mann, den Fama mit hartnäckiger Ausdauer eine Wohnung in dem sonst ganz angenehmen, zweistöckigen Hause am Kastanienwäldchen verschaffen will, wenn erst Johannes v. Miquel sein neugekauftes Heim in Frankfurt a. M. bezieht: der freisinnige Vereinigungsmann Dr. v. Siemens. Derselbe erklärte sich ziemlich ungeschminkt nicht nur für die Stichbahn, sondern für die ganze Zentralbahn, da ohne den Bau der letzteren, der der ersteren werthlos sein werde.

Die Vorlage wurde schließlich an die Budget-Kommission verwiesen.

Morgen steht die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die privaten Versicherungsanstalten auf der Tagesordnung.

---

81. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Reichskanzler Graf v. Bülow, Frhr v. Richthofen.

Zunächst wird in dritter Berathung der Zusatzantrag zu dem Auslieferungsvertrage zwischen dem Reiche und Belgien ohne Debatte angenommen. Ebenso in der Gesammtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betr. die Uebernahme einer Garantie des Reichs in Bezug auf eine Eisenbahn von Dar es Salam nach Mrogoro.

Durch den Gesetzentwurf übernimmt das Reich die Garantie für eine dreiprozentige Verzinsung des Anlagekapitals zur Höhe von 24 Millionen Mark.

Reichskanzler Graf Bülow: Die verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß es erst in zweiter Linie darauf ankommt, ob die Bahn von Dar es Salam aus Reichsmitteln oder mit Hilfe des Privatkapitals gebaut wird und daß es sich heute nur darum handelt, daß die Bahn überhaupt gebaut wird. Der wirthschaftlichen Erschließung von Deutschostafrika steht der völlige Mangel an Verkehrseinrichtungen hemmend im Wege. Mit dem Bau von Eisenbahnen ist auch das einzige Mittel gegeben, das Schutzgebiet finanziell auf eigene Füße zu stellen. Dazu kommt, daß, wenn an Stelle des bisherigen Trägersystems kein konkurrenzfähiges Verkehrsmittel tritt, der Handel der Seedistrikte, der bisher seinen Weg durch Deutsch-Ostafrika nimmt, auf die englische Ugandabahn im Norden und nach dem Süden abgelenkt wird. Für die Nothwendigkeit der Bahn von Dar es Salaam nach Mrogoro können sich die verbündeten Regierungen auf die Autorität aller Kenner des Landes berufen, auch derjenigen, welche sich gegen weitergehende Bahnprojekte aussprechen. Der Bau der nur 130 Kilometer langen Strecke von Dar es Salaam nach Mrogoro wird außerdem eine Klärung der noch jetzt bestrittenen Frage der Rentabilität des Bahnbaus in den Schutzgebieten, und ob die Bahnen später einmal weiter zu führen sein werden, herbeiführen. Ich betone aber, daß das hohe Haus mit der Annahme der Vorlage keine andere Verbindlichkeit übernimmt, als die in der Vorlage ausgedrückten. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß der Reichstag durch Annahme der Vorlage die wirthschaftliche Entwicklung von Deutsch-Ostafrika sicher stellen wird. (Vereinzeltes Bravo!)

Richter (FVp): Der Reichskanzler sprach von der wirthschaftlichen Erschließung von Deutsch-Ostafrika durch Verkehrseinrichtungen. Ob eine solche einzelne Strecke von 230 Kilometer in einem Lande gebaut wird, das doppelt so groß ist wie Deutschland, entscheidet doch höchstens über die wirthschaftliche Erschließung des Striches, durch den die Eisenbahn geht. Mir ist eine so sonderbare Zumuthung wie dieser Gesetzentwurf überhaupt noch nicht vorgekommen. Das Haus hat es abgelehnt, die Bahn auf eigene Rechnung zu führen, weil ihm die Opfer zu groß erschienen im Verhältniß zu den Aussichten auf Rentabilität, und nun kommt eine Vorlage an den Reichstag, die nicht weniger Opfer verlangt für den Bahnbau, sondern umgekehrt größere. Wenn Jemand, der gegen die erste Vorlage gestimmt hat, jetzt für den Garantievertrag eintritt, so wäre das nur eine Form, mit der man eine Wandlung in den Ansichten maskirt, die sich nicht aus der Sache selbst erklären würde, sondern nur aus gewissen höheren politischen Rücksichten taktischer Art, indessen dazu ist doch das Opfer zu groß. Es ist doch nicht wie bei der Hohkönigsburg. Wir sind Gegner der Kolonialerwerbungen gewesen, aber wir können uns doch den Konsequenzen nicht verschließen. Würde eine Gesellschaft die Eisenbahn bauen gegen Zusicherung großer Landesabtretungen, dann würde ich keinen Anstand nehmen, diesen Vertrag zu bewilligen. Aber hier liegt es doch ganz anders. Für 4 Jahre wird eine Zinsgarantie von 4 pCt. übernommen, dann für 87 Jahre von 3 pCt. und nach 91 Jahren geht dann die Bahn in das alleinige Eigenthum des Reiches über. Die Aktionäre haben überhaupt kein Risiko zu tragen. Man sagt, die Gesellschaft baut billiger, aber hier ist das Gegentheil bewiesen. Das Budgetrecht des Reichstages wird durch Bewilligung dieser 24 Millionen vollkommen ausgeschaltet. Die ausgeloosten Antheile sollen am Gewinn betheiligt werden. Mit der Prämienanleihe-Wirthschaft will man offenbar die kleinen Leute heranziehen, weil die großen nichts riskiren und die kleinen keine Uebersicht und kein Verständniß haben. (Sehr richtig! links.) Man sollte sich doch hüten, weite Volkskreise daran zu gewöhnen, daß sie ihr Geld in Dinge stecken, welche sie dann nicht übersehen können der Vertrag hat der Kommission schon vorgelegen und sie hat sich in ihrer Mehrheit schon gegen diesen Vertrag ausgesprochen. Aus dem Innern von Afrika kommt in der Hauptsache Elfenbein und Kautschuk und bei so werthvollen Waaren kommt die geringe Frachtersparniß durch die Bahn kaum in Betracht. In der Denkschrift zum Etat wurde uns gesagt, Stichbahnen nützen uns nichts, wir müssen eine Zentralbahn haben, heute heißt es, es handelt sich nur um den Bau der Strecke von Dar-es-Salaam bis Mrogoro. Wem sollen wir nun glauben? Dem Reichskanzler vom April oder dem, der im vorigen Jahre jene Denkschrift mit seinem Namen und seiner Autorität gedeckt hat. Wir lassen uns aber nicht in den April schicken. (Heiterkeit). Was man uns über die voraussichtliche Rentabilität der Bahn erzählt, ist nicht als Konzertmalerei. Wo nichts ist, kann auch die Eisenbahn nichts aus sich heraus etwas schaffen. (Sehr richtig! links). Bei der schlechten Finanzlage des Reiches ist die Zeit für solche Projekte am wenigsten geeignet. Da bleibt uns nichts übrig, als die Pumpwirthschaft zu Gunsten von Ostafrika. Ich bin sehr gespannt, wie die konservative Partei sich verhalten wird. Im preußischen Abgeordnetenhause studirt sie mit unglaublicher Gründlichkeit die finanziellen Vorbedingungen für den Kanal. (Heiterkeit). Jetzt heißt es aber bald nicht mehr Deutschland, Deutschland über alles, sondern Afrika, Afrika über alles. (Heiterkeit und Beifall links).

v. Waldow u. Reitzenstein (K.): Wir begrüßen in diesem Eisenbahnbau den Versuch, das wirthschaftliche Leben in unseren Kolonieen zu heben, damit uns unsere Schutzgebiete nicht alljährlich große Summen kosten. Unter Hinweis auf die Kanalangelegenheit fragt uns Herr Richter, ob wir die Vorlage auch finanziell genau geprüft hätten. Das glaube ich beweisen zu können. Wenn wir auch prinzipiell mit dem Bahnbau einverstanden sind, so haben wir doch im Einzelnen weitgehende Bedenken gegen den Entwurf. Wir wünschen, daß der Entwurf hinsichtlich der Gewinn- und der Risikobetheiligung geändert wird. Mit Rücksicht auf das Risiko des Reichs muß ihm im Vertrage das Recht eingeräumt werden, nach 15 Jahren die Bahn käuflich in Besitz zu nehmen. Zu erörtern bleibt namentlich, was geschehen soll, wenn die Gesellschaft vor Beendigung des Baues bankerott werden sollte. Ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Müller-Fulda (Z.): Es handelt sich um die Frage, ob überhaupt Kolonialbahnen gebaut werden sollen. Die Meinungsverschiedenheit ist aber nur entstanden, weil dieser Bau von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Die Bahn ist offiziell als erster Schritt zu der großen Zentralbahn bezeichnet worden Im vorigen Jahre hat die Budget Kommission die Kosten für die Vorarbeiten abgelehnt, und in einer Resolution, der der Reichstag später zustimmte, den Bau der Bahn durch eine Gesellschaft unter Zinsgarantie empfohlen. Ich bin aber erstaunt, daß man ihn zunächst auf 15 Millionen veranschlagte und jetzt 24 Millionen fordert. Es fehlen aber jede genaueren Kostenanschläge, die Ziffern sind durchaus provisorisch. Wenn man im Inlande Bahnen baut, dann wird sehr sorgfältig kalkulirt. Allmählich ist man dahin gekommen, daß im Inlande, wo doch das Bedürfnis ein sehr großes ist, mit dem Bahnbau sehr langsam vorgegangen wird. (Sehr richtig! rechts.) Für Ostafrika aber, wo überhaupt nichts vorhanden ist (Heiterkeit), soll sofort gebaut werden. Wenn die Regierung die Bahn ernstlich will, dann soll sie uns zunächst einen ordentlichen Kostenanschlag geben. Wie steht eine solche Vorlage überhaupt zu unsern Finanzverhältnissen? Richter hat ganz recht, unsere Finanzlage ist ganz traurig. Es ist ein offenes Geheimnis, daß noch ein zweites Bankkonsortium sich bereit erklärt hat, dieselbe Sache auf günstigerer Grundlage für 20 Millionen Mark zu übernehmen. Das Kolonialamt glaubt aber auf Grund eines früheren Vertrages von 1897 dem ersten Konsortium die Priorität lassen zu müssen. Wenn ein Vertrag zu wirklich angemessenen Bedingungen abgeschlossen wird, so wird ihn der Reichstag auch annehmen, denn das gebe ich durchaus zu, daß ohne Eisenbahnen in Ostafrika überhaupt nichts zu machen ist. (Bravo! im Zentrum.)

Bebel (SD.): Ich halte es für unmöglich, daß man einer Gesellschaft, die einen höheren Kostenanschlag macht, den Zuschlag giebt, weil man glaubt, aus irgend welchen Gründen von früher her verpflichtet zu sein. Hier kann nur das Reichsinteresse entscheidend sein. Wir müssen verlangen, daß von maßgebender Seite Auskunft über die Sache ertheilt wird. Daß sich heute der Reichskanzler selbst für eine derartige Kolonialfrage in's Zeug legt — es ist das erste Mal seit Caprivis Zeiten, beweist mir, daß man an entscheidender Stelle ein großes Gewicht darauf legt, daß der Reichstag diesem Vertrag seine Zustimmung giebt. Das erklärt auch die Haltung des Herrn von Waldow. Je widerspenstiger sich die Herren in der Kanalvorlage verhalten, desto angenehmer wollen sie sich hier zeigen. Die Bahn in Ostafrika macht ihnen ja auch keine Konkurrenz wie der Kanal! In einer Beziehung hat sich die heutige Verhandlung von der vorjährigen unterschieden. Damals bestritt der Kolonialdirektor von Buchka entschieden, daß man den Bau einer Zentralbahn beabsichtige. Aus den heutigen Worten des Reichskanzlers geht aber gerade hervor, daß im Hintergrunde dieser Pläne die große Zentralbahn steht. Genau die Gründe, die Herr v. Waldow für den jetzigen Bahnbau bis Mrogoro anführte, müssen sie auch später bestimmen, die Bahn zu den innerafrikanischen Seen zu verlängern. Genau so wie bei der Usambarabahn eine Fortsetzung gekommen ist, trotzdem wir bis heute vergeblich auf eine Rentabilität gewartet haben, so wird es auch hier gehen. Es ist ein starkes Stück, daß hier ein Kostenanschlag auf 24 Millionen gemacht wird, während das Reich in der Lage sein will, die betreffende Strecke für 15 Millionen zu bauen. Die Bestimmung, daß die Gesellschaft dort das Recht haben soll, für volle zehn Jahre die Höhe der Personen- und Gütertarife ohne staatliche Einwilligung festzustellen, wird in hohem Grade das Reich belasten, denn dieses wird vor allem die Bahn für seine Zwecke benutzen. Einen solchen Vertrag, bei dem die Gesellschaft den Bärenantheil nimmt, halte ich für unmöglich. Der Herr Reichskanzler meint, daß der Bau der Bahn zur wirthschaftlichen Erschließung des Landes nothwendig sei. Man hoffe, daß die Kolonie sich mit der Zeit vom Mutterlande unabhängig machen werde. Wenn das richtig wäre, wäre es natürlich thöricht, das Projekt zurückzuweisen. Warum aber übernehmen denn die begeisterten Kolonialschwärmer, die gewiß ihren Einfluß auf diese Vorlage geltend gemacht haben, nicht selbst die Zinsgarantie für den Bahnbau. Daß die Herren das nicht thun, ist für mich der deutlichste Beweis, daß sie das selbst nicht glauben, was sie in ihren Broschüren schreiben. Andere Herren stellen die Verhältnisse ganz anders dar. So hat Herr Elpons, der drei Jahre lang in Deutsch-Ostafrika thätig gewesen ist, in der Gegend nur Elend und Mangel an Lebensmitteln gefunden. In einer solchen Gegend eine Bahn zu bauen, ist ein geradezu abenteuerliches Unternehmen. Die Kolonialenthusiasten, die dem deutschen Volke die Dinge in so schönen Farben malen, mögen sehen, wie sie den Bahnbau selbst zu stande bringen. (Beifall b. d. Soz.)

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Was die Angaben des Herrn Dr. Müller-Fulda anlangt, daß ein zweites Konsortium den Bahnbau für 20 Millionen Mark übernehmen wolle, so bemerke ich, daß die Vorlage bereits den gesetzgebenden Körperschaften vorlag, als mir die Mittheilung gemacht wurde, daß ein anderes Banksyndikat sich ebenfalls bemühe, das Geschäft mit der Regierung zu machen. Ich habe mich sofort an die Herren gewandt, aber meine Bemühungen, die Herren zu einer Offerte zu veranlassen, waren

*) Der Reichstags-Bericht von Dienstag, dem 23. April befindet sich in der heutigen Beilage.

fruchtlos. Das Kolonialamt mußte Ihnen also den ersten Vertrag vorlegen, der jedenfalls eine Grundlage zu parlamentarischen Verhandlungen bildet. Ich muß übrigens betonen, daß die Banken sich nicht von den Aussichten auf Gewinn haben leiten lassen, sondern ausschließlich von der selbstlosen Absicht, an einer nationalen Arbeit theilzunehmen. (Lachen links.) Der Bahnbau ist eine Lebensfrage für die Kolonien und liegt auch im Interesse der deutschen Steuerzahler. Insbesondere der Reistransport wird der Bahn größere Einnahmen sichern.

Dr. Hasse (NL.): Die Bahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro ist unbedingt nothwendig zur wirthschaftlichen Erschließung des Schutzgebietes. Wir werden mit einer viel kleineren Schutztruppe auskommen, wenn wir in der Lage sind, sie jederzeit mit Hilfe der Eisenbahn dorthin zu schaffen, wo sie gebraucht wird. Die Ausführungen des Herrn Richter über die Aussichtslosigkeit der zu erbauenden Bahn erinnern mich lebhaft an die Reden, die in den 30er Jahren gehalten wurden, als es galt die erste Eisenbahn zu bauen. Die Möglichkeit, aus dem Lande etwas herauszuholen, ist naturwissenschaftlich gegeben. Eile thut noth mit Rücksicht auf die Konkurrenz der Engländer. Für die Ausführung des Projekts durch die Privatindustrie sprechen sachliche Gründe. Der Vertrag mit der Gesellschaft muß so geändert werden, daß der nicht das Ankaufsrecht eingeräumt wird Auch sonst theile ich z. Th. die Bedenken des Herrn v. Waldow. Soweit Kamerun in Frage kommt, bin ich ein Gegner der Großkonzessionen. Ich bitte Sie, Ihre Vertreter in der Budgetkommission mit dem Mandat auszustatten, unter allen Umständen etwas Brauchbares zu Stande zu bringen. (Bravo! bei den Natl.)

Dr. Arendt (Rp.): Auch ich habe im Einzelnen an der Vorlage Vieles auszusetzen, hoffe aber, daß in der Kommission eine Lösung der Frage gefunden wird. Der Kolonialdirektor sagte, die Banken haben das Geschäft nur aus Patriotismus gemacht. Wir verlangen das garnicht. Daß Gewinn in Rechnung gesetzt wird, beweist schon der Umstand, daß ein anderes Konsortium dafür hält, daß die Bahn billiger zu bauen ist. Für den Bahnbau selbst treten alle Kenner der Kolonien ein. Mit der Centralbahn hat der in Frage stehende Bau nicht zu thun. Es ist auch nicht richtig, wie Herr Bebel behauptet, daß die Kolonialenthusiasten nicht selbst in die Tasche gegriffen haben. Sie haben mit ihrem Gelde die heutige koloniale Entwicklung vorbereitet. Herr Richter meinte, man kann nicht von einer Erschließung des Landes sprechen, wo es sich um eine Bahn für eine so kleine Strecke handele. Aber man muß doch an einem Ende einmal anfangen und aus dem Anfange kann sich ein ganzes Eisenbahn-System entwickeln, das über das ganze Land geht. Herr Richter meint, wer A sagt, müsse auch B sagen. Ob aber später eine Zentralbahn gebaut werden wird, wird von der Rentabilität der jetzt zu bauenden Bahn abhängen. Die Usambarabahn hat eine erstaunliche Hebung der wirthschaftlichen Verhältnisse jener Gegend zur Folge gehabt. Also von Konzertmalerei unsrerseits kann keine Rede sein, eher malt Herr Richter zu düster. Die Ablehnung dieser Vorlage wäre ein ebenso schwerer Fehler wie die frühere Ablehnung der Samoavorlage. Ich bitte Sie, die Vorlage der Budgetkommission zu überweisen.

Dr. v. Siemens (FVg): Ein Theil meiner Fraktionsgenossen verspricht sich von dem Bau der Bahn keine Vortheile für die wirthschaftliche Entwickelung Deutschostafrikas und hält es nicht für richtig, daß das Reich das Risiko für den Bahnbau übernimmt. Ich persönlich stehe auf einem anderen Standpunkt. Ich trete allerdings, wie Herr Bebel sagt, mit einem gewissen Fanatismus für die Zentralbahn ein, während ja das Kolonialamt nur für die Stichbahn eintritt. (Abg. Singer: Nur zur Zeit!) Was die Vorlage selbst anlangt, so hat Herr Müller-Fulda von dem Vertrage aus dem Jahre 1895 schon gesprochen. Damals wurde vereinbart, daß die Ostafrikanische Gesellschaft und die Deutsche Bank 500 000 Mk. für den Bahnbau aufbringen sollten und der Deutschen Bank wurde ein Vorzugsrecht eingeräumt bei Bildung eines Privat-Konsortiums zur Aufbringung der erforderlichen Mittel. Im vorigen Jahre nun, als das Geld für die Untersuchung der ganzen Bahnstrecke der Regierung vom Reichstage verweigert wurde, wurde ich gebeten, dieses Bankkonsortium zusammen zu suchen. Für die Vorarbeiten waren 147 000 Mk. ausgegeben und mit dieser Summe waren 56 Kilometer zur Aufstellung eines Bahnprojektes genügend untersucht worden. Für die übrige Strecke von 138 Kilometer lagen noch keine Untersuchungen vor, und das Bankkonsortium mußte daher ausmachen, daß der Regierung das Risiko überlassen werde. Andere Vortheile als die gewöhnlichen bankmäßigen Kommissionsvortheile sind in dem Vertrage nicht gewährt. Es fragt sich nun, welche Vortheile hat die Regierung bei diesem Vertrage? Wenn sie für ihr eigenes Geld die Bahn bauen würde, würde sie nach heutigem Zinsfuß 3½ Prozent zahlen müssen. Durch den Vertrag erreicht sie eine Ermäßigung des Zinsfußes auf 3⁴⁄₁₀ Prozent und zugleich Amortisation des Kapitals. Außerdem hat der Vertrag den Vortheil, daß eine Reihe von Leuten, die bisher für die Kolonie zu interessiren außerordentlich schwer war, herangezogen werden. Alle andern Länder der Welt reißen sich darum, die noch vorhandenen Gebiete mit Beschlag zu belegen. Da dürfen wir nicht, wie der Poet bei Schiller warten, bis die Welt weggegeben ist. Wenn Sie den Himmel lieber haben, ich habe nichts dagegen, ich ziehe aber eine angenehme Erde vor. (Abg. Richter: eine sehr unangenehme Erde! Heiterkeit.) Früher kamen Leute zu mir und sagten, ich bin verkracht von oben bis unten. Können Sie mir nicht eine schöne Anstellung in den Kolonien geben? (Gr. Heiterkeit. Rufe bei den Soz.: Das sind unsere Kolonialhelden!) Das waren die Leute, die sich früher für die Kolonien interessirten, heute ist die Sache anders geworden. — Wenn Sie die Sache einem anderen Konsortium übertragen wollen, dann bitte thun Sie es. Der Deutschen Bank liegt an dem Geschäft nicht allzu viel.

Graf v. Stolberg (K): Die Hauptsache ist für mich, daß die Bahn überhaupt gebaut wird, auf das „Wie“ kommt es nicht so sehr an. Die Kommission wird schon das Rechte treffen.

Lude (W. d. L.): Ich bin für Kolonialpolitik aus volkswirthschaftlichen Gründen, verlange aber hier eine genau fundirte Berechnung. So lange aber diese nicht vorliegt, bin ich Gegner der Vorlage.

Damit schließt die Diskussion.

Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (2. Lesung des Gesetzes betr. die privaten Versicherungsgesellschaften.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine ultramontane Entdeckung. „Heiter auch in ernster Zeit“ scheint das Motto des bekannten Zentrumsorgans, der „Germania“, zu sein. Sie richtet allen Ernstes an den Kriegsminister folgende öffentliche Anfrage:

„Ist es ihm bekannt, daß die der Freimaurerei angehörigen Offiziere durch gewisse maurerische Zeichen (das gr. N. und H. Z. [das große Noth- und Hülfezeichen. Red. d. L. V.]) sich gegenseitig von der militärischen Disziplin entbinden können? Hält er eine solche außermilitärische Einwirkung von freimaurerischen internationalen Grundsätzen auf deutsche Offiziere im Felde für erlaubt? Wird der Herr Kriegsminister geneigt sein, dieser Frage der Einwirkung der Freimaurerei auf die Armee näher zu treten und zur Wahrung der Disziplin im Heere auf dem ihm geeignet erscheinenden Wege festzustellen, welche aktiven Offiziere und Reserveoffiziere einem Freimaurerorden angehören? Und welche Schritte gedenkt dann der Herr Kriegsminister in dieser Angelegenheit zu thun?

Eine baldige Antwort darauf wird wohl nicht ausbleiben können, eventuell bei gegebener Gelegenheit im Reichstage erfolgen müssen.“

Selig sind, die da geistig arm sind, denn das Himmelreich ist ihr.

Der Landwirthschaftsminister und die Landbündler. Aus der Kanalkommission wird der „Deutschen Tageszeitung“ noch mitgetheilt, daß der Landwirthschaftsminister Freiherr v. Hammerstein am Sonnabend mit besonderer Betonung und wiederholt von der wüsten Agitation des „Bundes der Landwirthe“ gesprochen und ausdrücklich hervorgehoben habe, daß er sich dieses Ausdrucks mit voller Ueberlegung bediene. „Wir legen“ — bemerkt dazu das Bündlerblatt — „auch dieses neue geflügelte Wort des Herrn Ministers zu den übrigen, ohne uns darüber sonderlich aufzuregen.“ Das klingt beinahe so respektlos wegwerfend, wie die bekannte Censur des Agrariers v. d. Gröben-Arenstein: Hammerstein = Null.

Unter „Alliirten“. Der russische Fürst Uchtomski schreibt in seinem Blatte über die heutige Lage der Verbündeten in China:

„Der deutsche Kaiser hat ein Thema für eine neue flammende Rede erhalten. Beunruhigende Nachrichten kommen aus Nord-China. Die Ermordung eines deutschen Offiziers unter den Mauern der Hauptstadt, nach dem Terror, den Waldersee zu erregen bemüht war . . . . . der Anmarsch chinesischer Truppen gegen die ihnen verbotene Provinz Petschili, mit der Absicht, wiederum einen blutigen Angriff auf die Alliirten zu unternehmen . . . . der Versuch, den Feldmarschall selbst in dem von den Fremdlingen beschmutzten Palast des Bogdychan (Kaisers) zu verbrennen — das Alles bringt den Gedanken nahe, daß der Sommer für die Europäer nicht minder gefährlich zu werden verspricht, als im vorigen Jahre. Vom russischen Gesichtspunkte aus kann man sich, dank dem weisen Beschluß unserer Regierung, ruhig den weiteren Verlauf der Ereignisse abwarten, darüber nur freuen, daß die frechen Ausländer, verblendet durch fanatische Bosheit und grenzenlose Habsucht, allmählich in der Grube zu versinken beginnen, die sie für andere gegraben haben! Offenbar naht der Tag der Abrechnung für die unerhörten Verbrechen, mit denen sich der „christliche Westen“ beschmutzt hat, indem er über das Meer heranflog, die harmlose Bevölkerung des himmlischen Reiches zu quälen. Auch für China wird in einer oder der anderen Form ein 1812 kommen. Die Epidemien helfen ihnen, sie haben alle Hilfsmittel zur Selbstvertheidigung und werden dem vertheierten weißen Mann zeigen, daß es auch auf dieser Welt ein jüngstes Gericht giebt. Mit einem solchen Finale (Ende Red.) werden wir aus vollem Herzen sympathisiren.“

Wenn man berücksichtigt, daß alles, was die russische Presse veröffentlicht, zuvor erst von der Zensur gebilligt werden muß, so kann man sich einen Vers davon machen, welche Stimmung in russischen Regierungskreisen gegen den deutschen Alliirten herrschen muß.

Der Zar plant schon wieder einen Kongreß. Kopenhagener Meldungen berichten, er habe der englischen Spezialkommission, die ihm die Thronbesteigung Eduard VII. mittheilte, eröffnet, daß er beabsichtige, im Spätsommer oder Frühherbst in Kopenhagen einen Kongreß aller europäischen Monarchen abzuhalten behufs persönlicher Rücksprache über alle internationalen wichtigen Fragen.

Kleine politische Nachrichten. In verschiedenen Wahlversammlungen, die in dem Reichstagswahlkreise Ottweiler-St. Wendel abgehalten wurden, ist, nach einer Meldung des „B. T.“, für den verstorbenen Freiherrn v. Stumm der Oberbergrath Preitze als Reichstagskandidat aufgestellt worden. — Gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle und für langfristige Handelsverträge sind nach dem soeben erschienenen neunten Verzeichniß der bei dem Reichstag eingegangenen Petitionen nicht weniger als 387 Petitionen in den letzten Tagen eingegangen, während auf der andern Seite nur 16 Petitionen verzeichnet sind, welche für eine Erhöhung der Getreidezölle oder für den Doppeltarif sich aussprechen. — Ueber das Wirken der goldenen Hand der De-Beers-Gesellschaft in Deutschland scheint so bald nicht Klarheit geschaffen werden zu sollen. Wenigstens ist der für den 1. Mai cr. festgesetzte Termin in dem Beleidigungsprozeß, den der Berliner Vertreter der „Leipziger Neuest. Nachr.“, Dr. Liman, gegen den verantwortlichen Redakteur der „Köln. Ztg.“ angestrengt hat, einstweilen vertagt worden. — Des Kaisers veränderte Meinung über den Bremer Vorfall beruht nach dem „Vorwärts“ auf einer „Information“, die er von einer Persönlichkeit seines militärischen Gefolges erhalten hat. — Den Singvogelschutz betreffend sind beim Reichstage nach dem letzten Petitions-Verzeichnisse etwa 1600 Eingaben eingegangen, in denen darum gebeten wird, den Fang und das Halten der inländischen, nützlichen, insektenfressenden Vögel, sowie den Handel mit denselben und mit Fangmitteln zu verbieten. — Die Kommission für Arbeiterstatistik ist am Mittwoch Vormittag unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Fleck im Reichsamt des Innern zusammengetreten. — Die gestrigen Verhandlungen über den Aerztestreik in Leipzig waren erfolgreich: Auf Grund der Vergleichsvorschläge der Kreishauptmannschaft wurde eine Einigung zwischen den Vertretern der beiden Parteien erzielt. Vorbehältlich der endgültigen Genehmigung der Beschlüsse durch die Kasse und die Aerzte nehmen die Kassenärzte nächsten Sonnabend ihre Thätigkeit wieder auf. — Infolge der Annahme des Schiedsrichteramts durch den Ministerpräsidenten Zanardelli hat Mittwoch eine Versammlung der Ausständigen in Genua beschlossen, den Ausstand für beendet zu erklären. — Eine Versammlung von Vertretern der Minenarbeiter von Süd-Wales und Monmouthshire nahm eine Resolution an, welche gegen den Kohlenausfuhrzoll Widerspruch erhebt. Es wurde beschlossen, Delegirte zu wählen, welche an der Zusammenkunft der Vertreter der Bergarbeiter Englands theilnehmen sollen. Desgleichen beschloß die Versammlung den kommenden Montag in den Kohlenbergwerken als den allgemeinen Feiertag zu erklären, um gegen den Kohlenausfuhrzoll zu protestiren. — Meuternde Soldaten bei Cork in Irland wurden die Waffen abgenommen. Das im Carlisle-Fort in der Nähe von Cork garnisonirende fünfte Bataillon der Munster-Füsiliere weigert sich trotz der Ermahnungen der Offiziere entschieden, in den Baracken zu verbleiben. — Die englische Expedition, die in das Gebiet der Ogaden-Somali entsandt wurde, erreichte nach einem Telegramm aus Mombassa am 7. April ihr Ziel. Ein Häuptling ergab sich, ein anderer wurde getödtet. Die britische Autorität ist wieder hergestellt. Nach Errichtung einer indanesischen Garnison in Kenna trat die Expedition den Rückmarsch an. — Die Revolution in Columbia scheint beendet zu sein, nachdem der Insurgentenchef General Uribe selbst ein Friedensmanifest erlassen hat.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Wie das „Bureau Reuter“ aus Naauwpoort meldet, konzentriren sich die Operationen z. Zt. auf die Gegend rund um Graaff-Reinet und Steynsburg. Kritzinger wird von einer englischen Abtheilung verfolgt. Eine andere Abtheilung operirt in der Gegend von Pearston gegen Scheepers. Zwischen Malan und den Viktoria-Freiwilligen fand ein Scharmützel statt; letztere nahmen nach mehrstündigem Bombardement Malan's Stellung. Ferner meldet noch Reuter ohne Angabe des Ortes, wo das Gefecht stattgefunden hat und welchen Ausgang es genommen: „General Rundle's Streitmacht war am Sonntag in ein Gefecht verwickelt und brachte schwere Geschütze in Anwendung.“ Zum Besten der Engländer scheint das Gefecht gerade nicht verlaufen zu sein.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 25. April.

Subventionirte Musik. In der „Eisenb.-Ztg.“ lesen wir nachstehendes Eingesandt: „Mit dem am Montag im „Kolosseum“ stattgefundenen Konzert des Orchesters des Musikvereins hat die Konzertsaison ihr Ende erreicht. Ursprünglich sollte das letzte Konzert am Mittwoch stattfinden, da aber die von den Mitgliedern des Orchesters geplante „Skandinavische Konzertreise“ schon am Dienstag angetreten werden mußte, wurde dies Konzert schon früher dazwischen geschoben. Es wurde also den Musikern, die wahrlich nicht über Arbeitsmangel zu klagen haben, dies Konzert nicht geschenkt. Sie hatten nun aber auch, ihrer Meinung nach, ihre Pflicht voll und ganz erfüllt, und waren daher nicht wenig erstaunt, als ihnen am Montag bei der Gehaltsauszahlung das Gehalt für 2 Tage abgezogen wurde, weil sie schon am 23. d. M. reisten und bis zum 24. d. Mts. verpflichtet waren. Einige Musiker, welche die Konzertreise nicht mitmachen, erhielten ihre volle Gage. Nach obiger Ausführung hatten die Leute ihre Pflicht gethan; waren sie da nicht ihres Lohnes werth?“

Bürgerschaftswahl. Gestern leisteten 61 Personen den Bürgereid.

Gegen den Brodwucher! Gut besuchte Protest-Versammlungen, in welcher Reichstags-Abgeordneter Genosse von Elm sprach, fanden statt in Eutin (Sonnabend), Rensefeld (Sonntag) und Stockelsdorf (Montag.) Ein Bericht ist uns nur aus letzterem Orte zugegangen, wo die Versammlung im Lokale des Herrn Paetau tagte und den zweistündigen Vortrag durch lebhaften Beifall belohnte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung protestirt auf das energischste gegen jede weitere Erhöhung der Getreidezölle und erklärt, in dem Kampfe gegen die Junker nicht eher ruhen zu wollen, als bis die gesammten Zölle beseitigt sind.

Die Tagesordnung der am Montag stattfindenden Bürgerschafts-Versammlung lautet: I. Mittheilungen des Senates. II. Anträge des Senates. 1. Errichtung dreier neuer Oberlehrerstellen an der Realschule. 2. Ankauf der Grundstücke kleine Burgstraße Nr. 24-26. 3. Festsetzung einer Gebühr für die Ueberführung von Vieh vom Bahnhof nach der Viehmarkthalle. 4. Ankauf des Grundstückes Hafenstraße Nr. 2 für die Zwecke der Hafenverwaltung. 5. Anschaffung einer neuen mechanischen Leiter und Verstärkung der Feuerwehr. 6. Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahre 1901. 7. Gewährung einer Altersunterstützung an den Schiffszimmerparlier J. H. Kock. 8. Genehmigung eines Vertrages mit den Eigenthümern des Hofes Dänischburg wegen Verstattung des Lösch- und Laderechtes für Schiffe daselbst und Wiederaufhebung des Vertrages mit der Lübecker Schwefelsäure- und Superphosphat-Fabrik wegen Ueberlassung von Areal auf der Theerhofsinsel.

Leidenschronik der Seeleute. In dem Polizeiberichte liest man: „Der Steuermann eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfschiffes, verletzte einen ihm unterstellten Mann der Schiffsbesatzung durch einen Faustschlag derart, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.“ — Der Name des rohen Patrones und des Schiffes ist leider nicht bekannt gegeben. Hoffentlich geht es nicht wie im Fall Schultes!

Eine harte Strafe hat den Zugführer Sühlsen aus Lütjenburg ereilt, welcher beschuldigt wurde, am 27. Oktober v. Js. den Zusammenstoß des Zuges 713 Lütjenburg-Gremsmühlen mit einem Kieszuge bei der Station Holsteinische Schweiz verursacht zu haben. Hierbei fand der Lokomotivführer Goos seinen Tod. Dem Angeklagten, welcher vorschriftswidrig das Signal zur Abfahrt gegeben hat, obwohl er auf der Station die Kreuzung abzuwarten hatte, wurde von den Sachverständigen bezeugt, daß er außerordentlich leichtsinnig gehandelt habe. Gleichwohl ergab die Verhandlung unzweideutig, daß auch an den ganzen Betriebseinrichtungen manches auszusetzen war. Das Urtheil lautete auf ein Jahr Gefängniß.

: Stockelsdorf. Zur Beachtung! Folgende Lokale, in denen auch der „Lübecker Volksbote“ ausliegt, stehen der hiesigen Arbeiterschaft zur Verfügung: Paetau-Fackenburg, Lange und Mau-Stockelsdorf und Buck-Mori. Bezüglich des Lokales von Thamsen (Brauerei) ward in der am Montag abgehaltenen öffentlichen Versammlung Folgendes konstatirt: Am Montag, den 15. d. Mts. gingen die Vorortspersonen und der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins zu Herrn Thamsen und fragten unter Angabe der Tagesordnung an, ob er sein Lokal zu der Protestversammlung zur Verfügung stellen wolle. Der Herr meinte, er sei zwar selbst gegen die Zölle, aber das Lokal könne er des Stockelsdorfer Militärvereins wegen unter keinen Umständen hergeben. (Die „Eisenb.-Ztg.“, die über den agrarischen Boykott so gräßlich flennt, möge sich diesen Terrorismus ihrer Gesinnungskameraden merken!) Ihm ward bedeutet, daß 1898 zur Stichwahl doch den auf die Sozialdemokraten angewiesenen Freisinnigen der Saal freigestanden habe und daß doch Sonntags hauptsächlich Lübecker Arbeiter sein Lokal besuchten. Er erwiderte, das würden wohl so viele nicht sein. Auch gegen ein Abonnement auf den „Lüb. Volksb.“ verhielt er sich ablehnend, da er genug zu lesen habe, was thatsächlich durch den ausliegenden „Gen.-Anz.“, „Feldpost“ usw. dokumentirt wurde. Als auffällig wurde von der Versammlung bezeichnet, daß gleichwohl die Konzerte im Arbeiterblatte bekanntgegeben würden. Die Versammlung sprach sich sehr erregt über diese Angelegenheit aus und wünschte Bekanntgabe derselben im „Lüb. Volksb.“, damit die Stockelsdorfer und besonders die Lübecker Arbeiter genau orientirt würden. — Recht so! Am Sonnabend waren Herren vom Staatsministerium hier, um in Begleitung von Gemeinde-

vorstand und Gensdarm unsere Prachtbauten zu inspiziren. Am Dienstag wurde vom Gemeinderath eine Baukommission zur Baukontrole gewählt. — Citissime! Am 20. Juli 1900 sandte der Wirth Schwartz ein Gesuch an die Regierung um Ertheilung der Konzession in dem früher Neveke-schen Lokale. Später schrieb er an das Ministerium und bekam von dort die Antwort, es sei noch nichts von der Eutiner Regierung da. Am 11. April d. Js. theilte dann das Ministerium mit, die Konzession werde von der Eutiner Regierung ertheilt werden, und am 19. April traf die Konzession dann endlich ein.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Haddeby bei Schleswig brannten in der Nacht auf Mittwoch die Stallungen einer Gastwirthschaft ab, wobei zwei dort übernachtende Arbeiter schwere Brandwunden erlitten. — In Rechterfeld bei Wildeshausen, in der Nähe von Bremen, ist das Pfarrhaus niedergebrannt. Kaplan Wallenhorst und seine Schwester wurden dabei schwer verletzt, während Wallenhorsts Mutter in den Flammen umgekommen ist. — Ein trauriger Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend bei einem Kontoranbau der Hanseatischen Jutespinnerei in Delmenhorst. Der Arbeiter Barwald wollte das Windetau in der Rolle einfädeln und hatte zu dem Zwecke eine Leiter vom Dachstuhl gegen die Stange des Windebockes gestellt. Trotzdem unten jemand die Leiter gegen Ausrutschen hielt, rutschte diese aus, und B., der abspringen wollte, riß hierbei den Windebock mit nach unten. Er erlitt durch den Sturz einen Bruch des linken Vorderarmes und der Wirbelsäule. B. wurde ins Krankenhaus gebracht und ist daselbst gestorben. — Durch Flugfeuer von einer Lokomotive wurde bei Dörpen in der Nähe von Papenburg ein großer Waldbrand verursacht.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Bei der Bürgervertreterwahl in Bergedorf wurden der Kohlenhändler Harden mit 503 und unser Parteigenosse Lagerhalter Kloth mit 406 Stimmen gewählt. Unser zweite Kandidat Schuhmacher Boller erhielt 370, ein weiterer bürgerlicher Kandidat 337 Stimmen. — Auch in Wandsbek waren unsere Genossen trotz des 1300 Mark-Zensus nahe daran zu siegen. Es erhielt der Kaufmann Beran, welcher gewählt ist, 161, Genosse Hogreve 129 Stimmen. — In Eckernförde haben die Tischler die Arbeit eingestellt. Sie fordern Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Meister, zehnstündige Arbeitszeit und 32 Pf. Stundenlohn. — In Friedrichsort bei Kiel befinden sich die Zimmerer in einer Lohnbewegung. — In den Streik eingetreten sind die Maurer und Bauarbeiter von Wilhelmshaven und Umgegend. Sie fordern Erhöhung des Stundenlohnes von 40 und 50 Pf. auf 45 und 55 Pf. — Der Streik der Maler in Rostock ist nach 1½tägiger Dauer zu Gunsten der Arbeiter durch einen Vergleich beendet.

Hamburg. Die Bürgerschaft nahm gestern die Gelegenheit wahr, zu zeigen, daß sie in sozialen Fragen an Rückständigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Es handelte sich um Anstellung eines Hafeninspektorassistenten. Hierzu hatte Genosse Stolten einen von uns bereits mitgetheilten Antrag gestellt, welcher im wesentlichen fordert, daß die Assistenten aus den Reihen der Hafenarbeiter entnommen werden und daß die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften als gesetzliche Verordnungen publizirt werden sollen. Selbstverständlich wurden diese Anträge, die Verkörperung heißer Herzenswünsche der Lohnsklaven des Hafens, abgelehnt. Dagegen stimmten auch die Antisemiten. Das Bild wird vollständig, wenn man ferner bezüglich der Lohnbewegung der Schauerleute erfährt, daß der Handelskammersekretär Dr. Güttschow an die Arbeitervertreter ein Schreiben richtete, in welchem es heißt: „Bei der gegenwärtigen Geschäftslage fühlen sich die Arbeitgeber nicht veranlaßt, eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen, in Folge dessen die zu Donnerstag anberaumte Sitzung gegenstandslos geworden ist.“ — Das ist derselbe Geist, der in der Bürgerschaft sein Wesen trieb!

Rostock. Zweierlei Maß. Das großherzogliche Ministerium hat den Antrag des Genossen Bell auf Ertheilung der Erlaubniß zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung, in welcher unser Reichstags-Abgeordnete Dr. Herzfeld über „Handelsverträge und Getreidezölle“ sprechen sollte, ohne Angabe von Gründen ablehnend beschieden. Wozu auch Gründe gegenüber den Arbeitern? Sic volo, sic veto — das genügt ja im Obotritenlande, wo trotz alledem die Sozialdemokratie so herrlich wächst und gedeiht!

Briefkasten.

H. G. I. Das ist durchaus ungehörig seitens des Hauswirths. Er hat Ihnen selbstverständlich Bescheid zu sagen und können Sie Fristsetzung einer bestimmten Zeit zur Beseitigung beanspruchen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaction dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Allen Mitarbeitern der Werft für die Unterstützung meinen herzlichen Dank.
Johannes Schuppenhauer.

Zu verm. ein einfaches möblirtes Zimmer an einen jungen Mann Bleicherstraße 17 a.

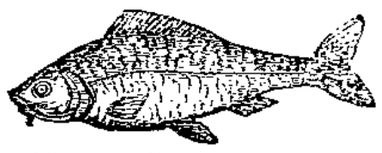
Freundl. Logis für 2 junge Leute
Waisenhofstraße 4 a, 1 Et.

Gutes Logis für 2 junge Leute
Schwartauer Allee 59, 2. Et.

Verlangt werden **Leichtmatrosen auf Segelschiffe** für sogleich
Seemannsheim, Hafenstraße 52.

Achtung Däne.
Findes her nogle pöne Danske Haandveerker som har Lyst til at väre med til Stiftelsen af en Dansk Forening bedes De give Möde Johannisstrasse Nr. 25 Fredaz Aften 8½ Ärbödigst. M. Bröckner.

2 complete Betten (Fremdenbetten) soll ich für **Mk. 39** per Stand verkaufen.
L. Duve, Große Burgstraße 32.



Frisch geräucherte hiesige
echte Sprotten und Bücklinge
neue Herbstfanglachsheringe
frisch gekochte Nordseekrabben
empfiehlt
Anton Knaack,
Dornestr. 17, Ecke Meierstr.
Fernsprecher 1106.

Frisches
Kopf und Bein
Pfund 20 Pfg.
Ad. Schmidt
Moislinger Allee 6b.

Grosse Auction!
14 Hundestraße 14.
Heute Freitag, Nachmittags 2½ Uhr
über: 1 Sopha, 6 Polsterstühle, Sophatisch, Vertikow, Küchenschränke mit Aufsatz, 2 Sophas, Waschtisch, Nähtisch, mahag. Spieltisch, Nähmaschine, Küchentische, Bilder, Bettstellen, completes Bett, Pfeiler- und Sopha-Spiegel, Troumeaux, 1 antiker Kronleuchter, Hängelampe, 1 Parthie Damenkleider, 2 Strandstühle, Zither, 2thür. Kleiderschrank, ca 500 Pfund Waschseife, Schürzenstoffe, neue Damenhemde, Betttücher, Cigarren und diverse Tonnen Theer u. v. a. m.
Joachim Ch. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator

Gesundheitsschutz
in Staat, Gemeinde u. Familie.
Herausgegeben von
Emanuel Wurm
unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten
Erscheint in 25 Lieferungen à 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Wir kauften die **Concursmasse** des Herrn **Willenbrock** und stellen die **Möbel** und **Möbelstoffe** zu Taxpreisen im Hause **Marlesgrube Nr. 9** zum Ausverkauf.
Achtungsvoll **Gebr. Senff.**

Erhielt einen **Waggon Porzellan und Steingut**
und empfehle:
Eine Parthie Tassen, schöne große Form, à Paar **10 Pf.**
Eine Parthie Caffee-Service, decorirt, complet für 6 Personen **à 2.50 Mk.**
Eine Parthie Dessertteller, 16½ Ctm., per Dtzd. **90 Pf.**
Eine Parthie Eßteller, 23½ Ctm., **à 10 Pf.**
Gemüse-Schüssel, weiß gereift, sehr groß, auffallend, pro Satz (6 Stck) 1.50
" " schlicht, 1.10
Milchtöpfe, verschiedene Formen von 1 Liter ablaufend, pro Satz (6 Stück) **1.50 Mk.**
tadellose Waare. — Alle übrigen Artikel preiswerth.
Aug. Hüter, Lübeck, Dankwartsgrube 43.
Porzellan, Steingut, Emaille, Hausstands-Artikel, Spielwaaren.

Heinr. Müssig, Malermstr.
Karpfenstraße 18.
Ausführung einfacher u. besserer Malereien.
Empfehle zum Fassadenanstreichen
mein eigenes und größtes Leitergerüst hier am Platze.
Billige Preise. — Reelle Bedienung.

Achtung Maler!

Oeffentliche Versammlung
am Sonnabend den 27. April, Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52 (kl. Saal).
Tages-Ordnung:
1. Der Arbeiterschutz in Deutschland.
Referent: College Bartels-Hamburg.
2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Gemüseland.
Jedes Quantum Kunstdünger
für Kartoffeln und Gemüse
à Pfd 10—15 Pfg. liefert
Johannes Rieckmann
Kirchenstraße 3 a. Telephon 227.

Auf Abzahlung
Ganze Möbelausstattungen
auch einzelne Mobilien
H. Prüssmann & Sohn
Lübeck. Marlesgrube 23.

Kalbfleisch Pfd. 30 Pf.
Schweinefleisch „ 60 „
Queenfleisch „ 50 „
empfiehlt
W. Strohfeldt
Markthallen-Stand 14 u. 15.

Geräucherte
Schweineköpfe
Pfund 40 Pfg.
Ad. Schmidt
Moislinger Allee 6b.

Gemüse-Samen
deren Keimfähigkeit festgestellt ist,
Pflanz-Kartoffeln
(frühe Sorte),
Blumen-Pflanzen
empfiehlt
Wilh. Vollert, Cronsf. Allee 42.

Frisch. Tils. Fettkäse Pfd. 80 Pf.
„ **holl. Rahmkäse** Pfd. 1 Mk.
sowie
sämmtl. Colonialwaaren
empfiehlt
H. Faasch
Bismarckstraße 22, Ecke Antonistraße.

Vorstädtische Bierhalle
Cronsforder Allee 33a.
Meine neu renovirte Doppel-Kegelbahn ist noch für einige Abende der Woche frei.
Oscar Häring.

Achtung!
Lastadiearbeiter!
Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 26. April
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Kartellbericht.
2. Fragekasten und Verschiedenes.
Der Vorstand.

Hansa-Meierei

Fortsetzung aus voriger Nr.

Ja, es giebt heute noch Hunderte von Händlern, die in ihrer Unkenntniß eine Schädigung des menschlichen Organismus durch Milch dire bestreiten; wie kann man aber von solch einfachen Leuten Verständniß für den Begriff „hygienisch einwandfreie Milch" verlangen, wie kann jemand ei Sache beurtheilen, deren Wesen und Nothwendigkeit er nicht erfaßt hat. Die Auslassungen von solcher Seite können bei Leuten, die den Werth d neueren Forschungen nur halbwegs beurtheilen, und das ist heute die weitaus größte Zahl der Menschheit, nimmermehr Beachtung finden, oder es wä eine absichtliche Nichtachtung wissenschaftlicher Forschungen und ein Vergehen gegen die Gesetze der Volkswohlfahrt.

Eine segenbringende Milchwirthschaft für alle Bevölkerungsklassen kann ihr Heim nicht in ungenügenden Räumen suchen, sondern muß in hoh luftigen Räumen placiert werden, in Betrieben mit geeigneten Vorrichtungen und Maschinen und muß unter Berücksichtigung strengster Reinlichkeit u straffster Organisation von Fachleuten geleitet werden, die der Hygiene Rechnung zu tragen verstehen. Kann dies der Kleinbetrieb?

Wenn nun ein solches Unternehmen auf dem Platze erscheint, so darf es wohl gewiß sein, in der Bevölkerung allgemeines Entgegenkomme zu finden, damit das Wort Berechtigung habe:

„Für die Volksernährung ist das Beste gerade gut genug!"

Wir richten nun an die verehrl. Milch consumirende Bevölkerung die Bitte, unser Unternehmen, das sich in einer Weise zu arbeiten z Pflicht gemacht hat, wie in solcher Vollkommenheit kein Unternehmen Deutschlands arbeitet, zu unterstützen. Unser Streben, unsere Produkte, müss bei jeder prüfenden, sorgenden Hausfrau Beachtung finden. Jede Empfehlung, jede Einführung, jeder Verbrauch derselben bedeutet eine Förderu wichtiger volkswirthschaftlicher Bestrebungen. In einer Stadt wie Lübeck mit unparteiischen Bewohnern werden wir, fortschrittlich denkend, au Fuß fassen.

„Für die Ernährung ist nur das Gesündeste gut genug!"

das sei das Leitwort einer jeden Hausfrau und die Beherzigung dieses Wortes wird uns die verehrten Hausfrauen immer wieder zu treuen Kundinn machen.

Unterstützen Sie uns, dann wird es uns gelingen, das zu sein, was wir wollen: Eine Anstalt, die mit ihren musterhaften Einrichtungen d verehrten Hausfrauen Lübecks nur das Beste in gesündester Form bietet, denn noch einmal:

„Für die Ernährung ist nur das Gesündeste gut genug!"

Hansa-Meierei G. m. b. H.

Die Geschäftsführer:

Eggers-Dänischburg. Maak-Vorrade. Herbst-Dahmsdorf.
Lauenstein-Schönböken. Hiby-Vorrade.

Braune Schuhwaaren

für Damen.

Spangenschuhe, Chagrinleder . **3.50** und **4.60** Mk.
Schnürschuhe, Chagrinleder . . **3.90** und **4.90** Mk.
Knopfschuhe, Chagrinleder . . . **3.90** und **5.00** Mk.
Knopfstiefel, Chagrinleder . . . . **6.75** und **9.00** Mk.
Chevreaux . . . . . **7.95** und **13.00** Mk
Schnürstiefel, Chagrinleder . . . **6.75** und **8.90** Mk.

für Herren.

Schnürschuhe, Chagrinleder . . . . . **5.25** und **6.75** Mk.
Schnürstiefel, Chagrinleder . . **9.50** Mk., Chevreaux **16.00** Mk.

für Kinder.

Schnürstiefel, Chagrinleder .

Größe	25/26	27/30	31/35
Mark	4.50	5.50	6.90

Knopfstiefel, Chagrinleder . .

Größe	25/26	27/30	31/35
Mark	3.50	4.75	5.75

Spangenschuhe, Chagrinleder

Größe	25/26	27/30	31/35
Mark	3.00	3.70	4.20

Strandschuhe mit Absatz

für Herren 39/47	für Damen 36/42	für Kinder 31/35	für Kinder 27/30	für Kinder 25/26
2.70 Mk.	2.20 Mk.	1.85 Mk.	1.70 Mk.	1.60 Mk.

Rudolph Karstadt, Lübeck

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung
in Preis bis zu 200 Mk.
Off. u. A S an die Exped. d. Bl.

Gutes und billiges Logis für 2 junge Leute sogleich zu vermiethen Hüxenstraße 52.

Zum 1. Juli sind 2 Wohnungen à 3 und 2 Zimmer nebst Zubehör zu verm. Hüxenstraße 52.

Gelegenheitskauf für Brautleute.
E. werthv. Garnitur (1 Sopha, 4 Stühle und 1 Tisch) M. 70; 2 eleg. neue Bettstellen m. Sprungfedermatr. M. 58; 1 zweischläf. do. mit Sprungfedermatr. M. 18 Fischergrube 51, part., rechts.

Ausverkauf meines Lagers von
Schuhen, Stiefeln u. Pantoffel
zu herabgesetzten Preisen.
J. Reedwisch, Untertrave 64.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 96. Freitag, den 26. April 1901. 8. Jahrgang.

Die Armee als Schule des Sozialismus.

Wp. Man schreibt uns: Wer denkt noch an die Massow, Boguslawsky und die anderen z. D. Generäle, die zur Zeit der Umsturzvorlage angenehmen Angedenkens die Sozialdemokratie mit soviel militärischem Schneid, aber ach! so wenig politischem Erfolg, litterarisch bekämpft hatten? Es waren Tendenzschriften, bei denen der Wunsch der Vater des Gedankens war. Dennoch übertrieben sie blos, sie logen nicht. Ihre positiven Vorschläge waren oft ebenso brutal wie albern, aber ihre Furcht vor dem Vordringen des Sozialismus in der Armee gründete in den Thatsachen. Sie brachten die Wahrnehmungen und Erfahrungen zum Ausdruck, die sich im Offizierkorps seit lange her angesammelt hatten. Nur traute man sich damit nicht vor die breite Oeffentlichkeit, denn daß eine öffentliche Erörterung der sozialistischen „Durchseuchung" der Armee nicht gerade geeignet war, das Ansehen der Regierung und die Autorität des Offizierkorps zu steigern, war nicht schwer einzusehen. Da brach die Regierung selbst den Bann durch ihre „Umsturzvorlage". Es war in seiner Art eine „Flucht in die Oeffentlichkeit".

Seitdem ist eine gewisse Ruhe eingetreten. Der Eifer der Regierung in der Bekämpfung des „inneren Feindes" mag etwas nachgelassen haben. Man wird auch in jenen Kreisen schließlich müde, mit dem Kopf durch die Wand zu rennen. Auch ist die Regierung stärker denn je durch die äußere Politik in Anspruch genommen. Schließlich giebt man sich der Hoffnung hin, daß die Sozialdemokratie durch einen Mauserungsprozeß sich selbst vernichten werde. Um so interessanter erscheint uns eine kleine Schrift, die kürzlich von einem wenig bekannten Verlag herausgegeben worden ist. Sie führt den Titel: „Die Sozialdemokratie im Heere, von einem Offizier". Sie entspricht nicht dem politischen Augenblick, weshalb sie denn auch, soweit sich übersehen läßt, von der bürgerlichen Presse todtgeschwiegen worden ist. Aber gerade weil es sich um keine Sensationsschrift handelt, ist sie uns werthvoll zur Beurtheilung der Zustände in der Armee. Der Verfasser spricht aus der Praxis heraus. Jede Zeile der Broschüre beweist das.

Er ist überzeugter Monarchist und grundsätzlicher Gegner der Sozialdemokratie. Nur ist er ein denkender Kopf und hat den Muth, den Thatsachen ins Gesicht zu sehen. Soweit seine politische Voreingenommenheit es zuläßt, ist er objektiv. Das beweist er, indem er unumwunden anerkennt, daß von einer direkten sozialdemokratischen Propaganda im Heere, bei seiner jetzigen Organisation, nicht die Rede sein kann. Was ihm schwere Sorgen macht, ist der „sozialistische Geist", der von selbst — „bewußt oder unbewußt" — sich in der Armee ausbreitet. Der Mann hat sicher vom Marxismus keine Ahnung, aber er bringt es aus seinen praktischen Erfahrungen heraus, daß das Schwergewicht der Ausbreitung des Sozialismus in der sozialen Zusammensetzung der Armee liegt. Die Stadt und die Fabrik schaffen den sozialrevolutionären Geist. „Mögen die in diesen Verhältnissen heranwachsenden Heerespflichtigen bei ihrer Jugend richtige, falsche oder keine Vorstellungen von dem Wesen und den Zielen dieses staatsfeindlichen Geistes haben, das ändert die Thatsache nicht, daß sie den Geist dieser verhetzenden Unzufriedenheit sehr bald in sich aufnehmen. Hier vererben auch die ehemaligen Soldaten solcher Art ihren Haß und Widerwillen gegen den Heeresdienst, die Vorgesetzten und gegen den Militarismus überhaupt. Es wird hier auch den zukünftigen Soldaten die Lust zum soldatischen Beruf zerstört, dafür aber das große Interesse geweckt, welches der dem Staat und Heer feindlich gestimmte Theil der Bevölkerung den staatlichen und militärischen Einrichtungen entgegenbringt."

Nun wird ja von konservativer Seite dem städtischen Arbeiter stets der Bauer in der Armee entgegengesetzt. Es gab auch thatsächlich eine Zeit, wo die Armee bäuerlich war. Das ist aber nicht mehr der Fall. Unser Autor übergeht die Frage des nummerischen Verhältnisses zwischen städtischen und ländlichen Elementen in der Armee, er verweist nur mit aller wünschenswerthen Deutlichkeit auf das kulturelle Uebergewicht der aus der Stadt und Fabrik kommenden Rekruten über ihre ländlichen Kameraden. „Die aus solchen Kreisen (aus der Stadt und der Fabrik) stammenden Rekruten bringen schon beim Eintritt eine ungleich größere Kenntniß und ein anderes Verständniß für Staat und Heer mit, wie ihre mehr monarchischen Genossen vom Lande. Besonders sind erstere schon recht genau darüber unterrichtet, wie sie sich zur Ausnutzung ihres eigenen Vortheils zu geben und wie sie die Vorgesetzten zu nehmen haben. Ihnen ist auch als wirksamster Beschwerdeweg der Reichstag und die staatsfeindliche Presse gekennzeichnet. Diese städtischen Rekruten sind daher . . . . . ihren ländlichen Kameraden gegenüber viel gewitzter und gerissener. . . . . Ein Getrenntbleiben zwischen Stadt- und Landbevölkerung in der Armee findet nicht statt, dagegen verschmelzen beide Schichten bald zu einem harmonischen Ganzen. . . . . Wollte man etwa glauben, daß durch diese innige Verschmelzung im Heere monarchische Anschauung, sowie eine mit den staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen zufriedene Gesinnung, sich vortheilhaft auf die Andersdenkenden übertragen würde? Wer so denken wollte, kennt die Verhältnisse nicht. Den mit Scheu in das Heer eintretenden ländlichen Rekruten imponirt das selbstbewußte dreiste Benehmen und Auftreten ihrer städtischen Kameraden. Im Kameradenkreise lernt die ängstliche Landbevölkerung sehr bald die freien, dreisten, ihnen neuen Ansichten von Lebensauffassung, allgemeiner Lebens- und Berufs-Unzufriedenheit kennen. . . . . Kurz gesagt, die geistige Leitung und Führung im Kameradenkreise geht auf diese Weise von vornherein zum Schaden des Heeres und des Volkes in die Hände der gewiegteren Söhne von Stadt und Industrie über! Sieht man von den schnodderigen Redensarten, in denen sich der Offizierskasinoton zeigt („dreist", „gerissen" 2c.), ab, wird man das andere auf unserer Seite gern akzeptieren. Nun kommt zu diesen Einflüssen noch jener der Reservisten. Der Verfasser der Broschüre spottet darüber, daß man glaubt, „mit dem Ausziehen des bürgerlichen Gewandes den sozialistischen Adam von den Kasernen ausgeschlossen zu haben". Er verweist besonders darauf, daß während der politischen Wahlen ein reger Meinungsaustausch zwischen den zur Uebung eingezogenen Reservisten und den aktiven Mannschaften unvermeidlich ist.

Die Bauernsöhne werden in der Kaserne zu anderen Menschen, aber weniger unter dem Einfluß der militärischen Erziehung, als unter jenem ihrer städtischen Kameraden. Sie wollen, wie unser Gewährsmann klagt, nicht mehr zurück in das ländliche Idyll des Gutshofes, sie begnügen sich nicht mehr mit den alten Verhältnissen. „Diese ehemaligen Soldaten vergleichen die Erwerbsverhältnisse ihrer einstigen Kameraden, die in städtischen Betrieben thätig sind, mit ihren Löhnen, äußern Unzufriedenheit über deren Verschiedenartigkeit, verlangen größere Freiheit mit Vergnügungen bei achtstündiger Arbeitszeit, und stellen überhaupt unerfüllbare Forderungen in Betreff Behandlung und Verpflegung. Jedenfalls sieht man die Soldat gewesenen Leute heute nicht mehr annähernd so gern in Diensten als zu Zeiten, da dieselben aus dem Heere nur die Vorzüge des Soldatenlebens mit nach Hause brachten. Heute bieten viele dieser ehemaligen Soldaten bei wenigen durch den Heeresdienst erlangten Tugenden ein Maß von Untugenden, an denen ihre Brotherren meist eine harte Nuß zu knacken haben."

Aus der Schule des Monarchismus ist also die Armee bereits, nach der Auffassung selbst des konservativen Offiziers, zur Schule des Sozialismus geworden. Sie ist es in einem Moment geworden, da das Bauernthum in der Armee noch stark vertreten ist, durch kulturelle Unterordnung und Revolutionirung der Bauernsöhne durch das industrielle Proletariat. Das ist ein wichtiger sozialer Vorgang, der sich auch außerhalb der Armee abspielt. Es ergiebt sich daraus, daß das Proletariat, um die leitende politische Macht zu werden, keineswegs nöthig hat, daß die ihm vorangehenden Gesellschaftsklassen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.

Wenn der „antikollektivistische Bauernschädel" bereits in der Armee versagt, wo ist denn noch die Macht, um den Siegeslauf des Sozialismus aufzuhalten?

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote".)

Berlin, den 23. April 1901.

80. Sitzung Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Freiherr v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht die Abänderung des Branntweinsteuergesetzes.

Reichsschatzsekretär Freiherr v. Thielmann: Die Gründe, welche die verbündeten Regierungen veranlaßt haben, eine Fortdauer der Branntweinsteuer vorzuschlagen, den Denaturirungszwang in das Gesetz aufzunehmen, liegen auf landwirthschaftlichem Gebiete. Die Brennsteuer hat sich seit ihrem Bestehen nur als segensreich erwiesen. Sie hat es ermöglicht, das Quantum des Trinkbranntweins einzuschränken und den Branntwein zu Leuchtzwecken u. s. w. zu verwenden. Der Denaturirungszwang wird ja für viele Mitglieder dieses Hauses weniger angenehm sein. Ich will deshalb den Standpunkt der verbündeten Regierungen kurz darlegen Da die Zunahme der Brennereien in nächster Zeit eine außerordentlich starke sein wird, so wird unausbleiblich ein Preisfall eintreten, wenn die Branntweinerzeugung den Bedarf überschreitet. Damit wird für den minder gut gestellten Theil der deutschen Landwirthschaft ein Nothstand eintreten, und diesen hintanzuhalten ist der Denaturirungszwang bestimmt. Sein Zweck ist, die Produktion des Trinkbranntweins auf das Maß des wirklichen Verbrauchs einzuschränken. Der Bundesrath soll die Ermächtigung erhalten, dieses Maß von Jahr zu Jahr festzustellen und den Spiritus, der darüber hinausgeht, zu besteuern. Von einer Liebesgabe kann nicht die Rede sein, es handelt sich nur um eine weise Einschränkung der Produktion. Wenn infolge der Ueberproduktion der Preis des Branntweins rapide sinkt, dann hätten den Vortheil davon nur die Zwischenhändler und die Gastwirthe, und zum Schutz dieses an sich ja sehr ehrbaren Gewerbes liegt keine Veranlassung vor.

Dr. Pachnicke (FVg): Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Vorlage abgelehnt wird, trotz der warmen Fürsprache durch den Staatssekretär. Diese Hoffnung schöpfe ich vor allem aus der Haltung der Zentrumspresse. In der Vorlage sind die Befugnisse des Bundesrathes viel zu weit ausgedehnt. Jedes andere Gewerbe ist dem freien Wettbewerbe ausgeliefert, hier schalten sie die freie Wirkung von Angebot und Nachfrage aus, zu Gunsten des Spiritusringes. Es handelt sich in diesem Gesetz um eine Liebesgabe. Der agrarische Mund leugnet dies zwar, aber die agrarische Hand greift nach dieser Liebesgabe und hält daran so fest wie die mecklenburgischen Ritter an ihren Vorrechten. Von Herrn v. Graß-Klanin, dem Vater des Spiritusringes, ist dieses Gesetz der Regierung suggerirt worden, und sie wird sich auch von ihm die Ausführung dieses Gesetzes suggeriren lassen. Man sagt, man wolle den Verbrauch von Spiritus als Trinkbranntwein einschränken. Damit trifft man aber gerade die ärmsten Arbeiter, die den Branntwein nicht entbehren können. Die Branntweinsteuer liegt allein im Interesse des Spiritusringes.

Gamp (RP.): Durch die Branntweinsteuer ist der Konsum des Trinkbranntweins um 100 Millionen Liter zurückgegangen. Das ist aus ethischen Gründen zu begrüßen Dabei ist der Kleinbetrieb nicht etwa vernichtet worden, sondern ist erheblich im Kampfe gegen den Großbetrieb gestärkt worden. (Sehr richtig! rechts.) Eine drohende Absatzkrisis liegt unzweifelhaft vor. Daß der Staat hier regulirend eingreift, ist absolut nothwendig angesichts der hohen Besteuerung des Spiritus, ganz abgesehen von der nothwendigen Rücksichtnahme auf die Landwirthschaft. Der Begriff der landwirthschaftlichen Brennerei müßte genauer präzisirt werden, damit nicht gegen die Absicht des Gesetzes in betrügerischer Weise gewerbliche Brennereien als landwirthschaftliche ausgegeben werden. Mit der Ermäßigung des Kontingents bin ich im Interesse des Kleinbetriebes einverstanden, nur müßte man den bereits im Bau

Der Präsident.

Roman von Karl Emil Franzos.

17. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Er ahnt es nicht?" rief Victorine. „Er hält Alles für ausgeglichen, wenn er die Gefallene, die Verurtheilte mit seinem Besuche beglückt! Oh! und dieser Mann sollte edel und feinfühlig sein?"

„Sie thun ihm auch darin Unrecht!" betheuerte der Anwalt. „Und darin am Meisten! Daß er, der sonst in den Seelen der Menschen lesen konnte, wie in einem Buche, an dies Nächste, Natürlichste gar nicht denkt, beweist am Besten, wie sehr ihn sein Jammer verwirrt und verwüstet! Nur Eines will er: zu Ihnen kommen, Sie aufrichten, sich an Ihnen aufrichten!"

„Ich will ihn nicht sehen, Sie müssen es verhindern!"

„Ich kann nicht, ich habe es vergeblich versucht. Er wird kommen; es hängt seine Vernunft, vielleicht sein Leben davon ab, wie Sie ihn empfangen!"

„Beladen Sie mich nicht mit solcher Verantwortung!" schluchzte sie verzweifelt auf. „Ich kann ihm nicht vergeben, aber ich will Niemandes Tod, ich will nicht, daß er sterbe. Sagen Sie ihm, was Sie wollen, auch daß ich ihm vergeben, aber halten Sie ihn ab! Ich beschwöre Sie!"

Sie wollte sich zu seinen Füßen stürzen, er hielt sie zurück. „Lassen Sie das!" murmelte er. „Ich dränge nicht länger in Sie! . . . Wie Gott will!"

Wenige Minuten später war er wieder bei Sendlingen. „Sie weiß nun Alles," berichtete er, „nur nicht Deinen Stand und Namen. Deinen Besuch wünscht sie nicht — sie — fürchtet die Aufregung . . ."

Er stockte plötzlich und blickte den Freund bange an; er fürchtete abermals einen jähen Ausbruch der Verzweiflung.

Aber es kam anders. Wohl zuckte der Präsident schmerzlich zusammen, dann aber richtete er sich hoch auf. „Du verbirgst mir die Wahrheit," sagte er. „Sie will den Verführer ihrer Mutter nicht sehen. Ich dachte früher nicht daran — von Deinen bestürzten Mienen las ich es doch sofort ab . . . Das ist schlimm, sehr schlimm . . . . hindern kann es mich dennoch nicht . . . . . Was der Fremde vergeblich versucht, wird dem Vater gelingen. Mir sagt's mein Herz . . ."

Er ließ sich Hut und Stock reichen und schritt, auf Bergers Arm gestützt, die Treppe hinab. Auf der Straße machte er sich frei; die Energie der Seele gab auch dem Körper neue Kraft. Festen Schritts ging er auf das Kerkerthor zu und seine Stimme zitterte kaum merklich, als er dem Aufseher den Befehl gab, die Zelle der Victorine Lippert zu öffnen.

Dieser gehorchte. Die Gefangene blickte kaum auf, als sie den Riegel wieder einmal klirren hörte. Der Aufseher hielt sich für verpflichtet, sie aufmerksam zu machen, welch wichtiger Besuch nahe. „Unser Herr Präsident, Baron Sendlingen!" raunte er ihr halblaut zu. „Inspektion der Zellen! Stehen Sie auf!" Er trat respektvoll zurück, den Präsidenten einzulassen und schloß die Thür hinter ihm.

Die Beiden blieben allein. Victorine hatte sich erhoben, wie ihr befohlen war; nur einmal streifte ihr Blick flüchtig und gleichgültig den hohen Herrn, dann blieb sie gesenkten Hauptes stehen. Aehnliche Inspektionen hatten schon früher wiederholt stattgefunden; der betreffende Beamte hatte kurz gefragt, ob die Gefangene keinen Wunsch, keine Beschwerde habe. Diese Frage erwartete sie auch nun, um sie ebenso kurz zu verneinen; sie wünschte nichts mehr.

Aber er schwieg, und als sie befremdet aufblickte — „Barmherziger Gott!" schrie sie laut auf, taumelte auf ihren Sitz zurück und schlug die zitternden Hände vors Antlitz.

Sie wußte, wer dieser Mann sei, sofort, auf den ersten Blick. Woran sie ihn so blitzschnell erkannt, konnte sie sich auch später, da sie darüber grübelte, nicht erklären. Es war ein Halbdunkel in der Zelle, sie hatte seine Züge und ihren Ausdruck kaum recht gesehen. Vielleicht verrieth es ihr nur seine Haltung. Mit gesenktem Haupte, die Hände schlaff herabhängend stand er da, wie ein Schuldiger vor seinem Richter.

Bei ihrem Ausruf blickte er empor und trat näher. „Victorine," murmelte er, sie verstand es nicht, so leise klang der Name. „Mein Kind!" schrie er dann auf und stürzte auf sie zu.

Sie schnellte empor, streckte die Hände wie zur Abwehr vor sich hin und schaute ihn aus weitgeöffneten Augen an. Und wieder wußte sie nicht, was sie plötzlich ins Herz hinein traf und rührte. War es, weil ihr sein Antlitz bekannt vorkam, räthselhaft bekannt, als hätte sie es gesehen, seit sie denken konnte? . . . So war es ja auch! Denn was sie, ihr selbst unbewußt, überwältigte, war ja die Aehnlichkeit mit dem eigenen Antlitz! Oder ergriff sie der stille Jammer in diesen Zügen, der flehentliche Blick der Augen?" . . . . Sie fühlte, wie der wilde Groll, an den sie sich verzweifelt geklammert, dieses einzige Gefühl, welches sie sich nicht hatte rauben lassen wollen, jählings dahinschmolz . . .

„Ich kann nicht," stammelte sie noch, aber im gleichen Athemzuge hob sie die Arme. „Vater!" schrie sie auf und stürzte an sein Herz.

Er riß sie an sich und bedeckte ihr Haupt, ihr Antlitz, mit Küssen und Thränen. Dann zog er sie auf seine Kniee und bettete ihr Haupt an seiner Brust. So saßen sie und sprachen beide kein Wort mehr, nur ihre Thränen rannen.

Achtes Kapitel.

Eine halbe Stunde mochte seit dem Eintritt des Präsidenten in die Zelle der Verurtheilten vergangen sein; dem

begriffenen Brennereien eine Erhöhung des Kontingents als Uebergangsbestimmung zugestehen. Ich bitte Sie, das Gesetz derselben Kommission zu überweisen, die das Süßstoffgesetz beräth. (Bravo! rechts.)

Speck (Z.): Mit wenigen Ausnahmen sind meine Freunde für das Gesetz in der vorliegenden Form nicht zu haben. Wir halten die Wirkung der Brennsteuer durchaus nicht für segensreich. Die gegenwärtige Ueberproduktion ist wahrscheinlich gerade durch sie hervorgerufen. Wenn sie auch die kleinen Betriebe geschützt hat, so scheinen uns doch die Erfahrungen noch nicht auszureichen, die Brennsteuer dauernd einzuführen. Wir halten es deshalb für besser, die Brennsteuer nur für eine begrenzte Zeit vorläufig weiter bestehen zu lassen. Was die Herabsetzung des Kontingentes anlangt, so bin ich ganz der Ansicht meines Vorredners auch darin, daß auf die bereits im Bau befindlichen Brennereien Rücksicht genommen werden muß. Für die Beschränkung der Trinkbranntwein-Produktion sind meine Freunde indessen nicht zu haben. Der Spiritusring steht auf gleicher Stufe wie der Zuckerring und der Kohlenring; er hat die Preise für denaturirten Spiritus nur ermäßigt, um die Preise für Trinkbranntwein desto höher zu schrauben. Auch er wendet Mittel der Vergewaltigung an und droht in einem Flugblatt Demjenigen, der sich seinem Kartell nicht anschließt: „Er wird wie ein Wild gehetzt werden, Gnade kennen wir nicht" (hört, hört!) Im Hinblick auf diese Thatsache erscheint es wünschenswerth, den nationalliberalen Antrag auf Reichsaufsicht über die Kartelle recht bald anzunehmen. Aus diesen Gründen erscheint uns der Denaturirungszwang unannehmbar. Jedes andere Syndikat könnte ja dann auch eine staatliche Einschränkung der Produktion verlangen. Die Einschränkung des Alkoholgenusses wäre ja wünschenswerth, aber in einzelnen Gegenden ist der Alkohol aus gerade in den untersten Volksschichten noch ein nothwendiges Uebel. Der Denaturirungszwang darf nur auf die Produktion beschränkt werden, die über das Kontingent hinausgeht. Der Spiritusring erhält durch das Gesetz eine Monopolstellung. Wenn schon ein Monopol eingeführt werden sollte, dann wäre ein staatliches Monopol noch vorzuziehen. Vielleicht empfiehlt sich eine Erhöhung der Brennsteuer und der Vergütungssätze. Wir sind mit der Ueberweisung der Vorlage an die Saccharinkommission einverstanden.

Wurm (SD.): Eine Erhöhung der Brennsteuer und der Vergütungssätze würde uns nach einigen Jahren wieder in dieselbe Lage wie heute bringen. Unsere Spiritusgesetzgebung ist dazu da, einer kleinen Schicht der Bevölkerung auf Kosten der breiten Masse Liebesgaben zu bringen, und es sind die Aermsten der Armen, die Branntweintrinker, die diese Liebesgaben aufbringen müssen. Wenn diese Vorlage Gesetz wird, so wird der Spiritusring, der sich mit Hilfe der Regierung durch das protektionistische System gebildet hat, geradezu die Form einer monopolistischen Vereinigung annehmen. Die Vorlage kommt nur den größten Großgrundbesitzern und namentlich den Ostelbiern zu gut; der kleine Bauernstand hat keinen Vortheil davon. In Ostelbien ist die Produktion verhältnißmäßig am meisten gestiegen, nämlich um 37 Prozent, in Süddeutschland dagegen nur um 25 Prozent. Der Durchschnittspreis für 100 Liter Spiritus betrug 1888 bis 1893 37 Mark, während er 1896 bis 1900 annähernd 43 Mark beträgt. 1900 notirte der Spiritus sogar 48,80 Mark. Das Geschäft geht also glänzend. Statt aber mit der protektionistischen Wirthschaft ein Ende zu machen, stellen die Agrarier von Neuem die Forderung, die Spiritusindustrie noch weiter zu monopolisiren und so die Preise noch höher zu treiben. Davon will aber das deutsche Volk nichts wissen. Der denaturirte Spiritus könnte viel billiger sein: er kostet 19½ Mk., und der Ring läßt ihn sich mit 25 Mk bezahlen. Wären die Preise von selbst ermäßigt worden, so hätte sich vielleicht auch der Konsum gehoben. Die Trennung des Marktes für Trinkbranntwein und denaturirten Spiritus wird ein Sinken des Preises für denaturirten Spiritus nicht herbeiführen. Freilich auf die Dauer werden Sie mit dieser verworfenen, protektionistischen Gesetzgebung kein Geschäft machen können. Wenn Sie wirklich später höhere Preise für den Spiritus erlangen, dann kommt es eben wieder zur Ueberproduktion, und dann brauchen Sie wieder Staatshilfe. Herr von Thielmann ist der Ansicht, daß der Branntwein im Ausschank durch das Gesetz nicht theurer werden wird. Nun, wenn auch die Gastwirthe das Glas Branntwein nicht theurer verkaufen würden, dann werden sie den Schnaps doch schlechter machen, und dann werden die Leute, die an einen bestimmten Alkoholgrad ihres Trinkes gewöhnt sind, sich noch mehr trinken als vorher. Mit den ollen Kamellen, daß Sie aus ethischen Gründen den Branntwein vertheuern wollen, kommen Sie uns doch nicht. Das beste Mittel gegen den Alkoholismus ist nicht Vertheuerung des Branntweins, sondern Arbeiterschutz, Verbilligung der Nahrungsmittel, eine gesunde Handelspolitik, die Arbeitsgelegenheit und billiges Brod schafft. Die Vorlage liegt lediglich im Interesse Ostelbiens. In Süddeutschland wollen die Brennereien von ihr nichts wissen. Für eine Monopolwirthschaft, für Liebesgaben sind wir aber nicht zu haben, und dagegen werden wir mit aller Kraft kämpfen. Die Bevölkerung wird in diesem Kampfe stets auf unserer Seite sein. (Bravo! b. d. Soz.)

Sieg (NL.): Gerade die [illegible] deutschen Brennereien haben ein Interesse an der Vorlage. Die Brennereien haben in Folge der Ueberproduktion vor einer Krisis [illegible]. Wir begrüßen daher den Schutz, der ihnen durch die Vorlage gewährt wird. Einige meiner Freunde haben Bedenken, dem Bundesrath allzugroße Befugnisse einzuräumen. Mit dem Vorschlage des Abg. Speck, die Vorlage zu befristen, können wir uns nicht befreunden. Gegen die Spirituszentrale [illegible] nur die Händler, die die Spiritusproduktion beherrschen und an dem schrankenlosen Auf und Ab der Preisbewegung an der Börse verdienen wollen. Das Verdienst der Zentrale ist, daß sie für das ganze deutsche Reich einen ziemlich einheitlichen niedrigen Verkaufspreis für denaturirten Spiritus im Kleinverkehr eingeführt hat. Ich hoffe, bei gutem Willen wird sich etwas Verständiges erreichen lassen. Ich hoffe, daß Sie dem Gesetz zustimmen werden zum Segen der Branntwein produzirenden Landwirthschaft. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Frhr. v. Wangenheim (B. d. L.): Der Kartoffelbau ist für die deutsche Landwirthschaft unentbehrlich. Auch ein großer Theil der Industrie ist angewiesen auf den Kartoffelbau, ich erinnere nur an die Stärkefabriken. Allerdings besteht die Gefahr, daß beim Rückgang der Ertragsfähigkeit des Getreidebaues sich alles auf den aussichtsvolleren Zweig wirft und auch ihn ruinirt. Wir müssen die Kartoffel für Industriezwecke verwerthen. Für Petroleum werfen wir ein wahnsinniges Geld ins Ausland, das lieber dem deutschen Vaterlande erhalten bleiben sollte. Das ist nur möglich durch Eröffnung neuer Verwendungsarten für den denaturirten Spiritus. Dazu muß aber der Spiritus so billig sein, daß er die Konkurrenz mit dem Petroleum aufnehmen kann. Die Gefahr besteht darin, daß die Ausdehnung der Brennereibetriebe zu schnell und zu sprunghaft vor sich geht. Der vorliegende Gesetzentwurf hat eine durchaus gesunde Tendenz. Er zeigt aber den Zweck, den kleinen Brenner vor dem großen zu bevorzugen. Gerade die Einführung der Brennsteuer hat den genossenschaftlichen Gedanken gefördert, daß gemeinsame Lasten auch gemeinsam getragen werden müssen. Die Zentrale könnte ein Vorbild für alle Genossenschaften sein. Die Zentrale würde nur dann zum Tyrannen werden, wenn die Novelle zum Branntweinsteuergesetz nicht käme. Das würde schrankenlose Produktion bedeuten, und dann würden die Riesen die Zwerge niederschlagen. Herr Wurm hat nur oft gehörte Redensarten vorgetragen. Es handelt sich hier vielmehr um das Interesse der kleinen Landwirthe, der landwirthschaftlichen Arbeiter als um das Interesse der Großgrundbesitzer. Ich hoffe, daß in der Kommission eine Einigung erzielt werden wird.

Frischbeck (FVp): Die Herren vom Spiritusverband treten doch nur aus ihrem nackten Interesse für das Gesetz ein. Wenn die Herren wirklich dem Branntweinkonsum steuern wollen, dann mögen sie einfach keinen Trinkbranntwein produziren. Wir sind Gegner dieser ganzen Gesetzgebung, dieser Liebesgaben, die in der Kontingentirung liegen. Nur bestimmte Gegenden, hauptsächlich der Osten, ziehen Nutzen aus diesem Gesetz. Im Süden und Westen wird im allgemeinen das Kontingent gebraucht, während im Osten die kolossale Ueberproduktion stattfindet. Ich bin leider auch als Aktionär einer Spritfabrik an der Sache persönlich betheiligt, aber das hält mich nicht ab, dagegen zu sprechen, weil ich der Meinung bin, daß solche Fragen nur vom Standpunkt der Allgemeinheit aus beurtheilt werden dürfen. (Bravo! links.)

Dr. v. Komierowski (Pole) spricht sich im wesentlichen für die Vorlage aus, die Abgg. Augst (südd. Vp.) und Fitz (NL.) bringen die Bedenken der süddeutschen Brennereien gegen das Bestreben der Brennereien des Ostens vor, die Preise für denaturirten Spiritus zu verringern.

Damit schließt die erste Berathung, die Vorlage wird an die Süßstoffkommission verwiesen.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (3. Lesung des Auslieferungsvertrages mit Belgien; ostafrikanische Zentralbahn.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen die Erhöhung der Getreidezölle wenden sich nun auch die Vertreter des Fleischerhandwerks. Die „Allgemeine Fleischer-Ztg." schreibt: „Ist die geplante Erhöhung der Getreidezölle vereinbar mit der wirthschaftlichen Daseinsberechtigung der anderen Erwerbsklassen? Diese Frage muß von dem gesammten Handwerk, dessen Schutz ja die Regierung seit Jahren angeblich in ihr Programm geschrieben hat, und vor allem von dem Fleischerhandwerk verneint werden. Der Fleischgenuß ist die wesentlichste Vorbedingung für die Erhaltung einer gesunden und kräftigen Bevölkerung. Es leuchtet aber ohne weiteres ein, daß, je mehr das Brod vertheuert wird, desto mehr die Aufwendung für den Fleischgenuß eingeschränkt werden muß. Wer Gelegenheit hat, im Volke Umschau zu halten, weiß, daß der Fleischverbrauch in der letzten Zeit ohnehin schon erheblich zurückgegangen ist ... Können Regierung und Reichstag es verantworten, diesem Rückschritt durch die Erhöhung der Getreidezölle noch Vorschub zu leisten? Durch das Reichsfleischbeschaugesetz sind schon schwere Lasten dem Fleischergewerbe auferlegt; das Fleischergewerbe hat sie im Hinblick auf die Nothwendigkeit der Versorgung des Volkes mit gesundem Fleisch willig auf sich genommen. Die Wiederzulassung ausländischen Viehes in größerem Umfange wird mit dem nichtigen Hinweis auf die Seuchengefahr verweigert. Die deutsche Landwirthschaft kann vorläufig allein unseren Bedarf an Fleisch nicht aufbringen. Unter solchen Umständen wird, wenn erst das Fleischbeschaugesetz ganz in Kraft getreten ist, eine Vertheuerung des Fleisches und eine Zurückschraubung des Fleischverbrauches nicht ausbleiben. Soll da die Erhöhung der Brodpreise noch hinzutreten, um dem deutschen Volke den Fleischgenuß zu erschweren?"

Ein Parteitag der Deutschen Volkspartei in Baden hat am Sonntag in Offenburg stattgefunden. Die Verhandlungen trugen im Allgemeinen dasselbe Gepräge wie in früheren Jahren; die „freiheitlich gesinnte Bürgerschaft" wurde gepriesen, die Landespolitik besprochen und der absolutistische Zug in der Reichspolitik verurtheilt. Nur ein Punkt der Tagesordnung ist hervorhebenswerth, nämlich die Stellungnahme zu den Getreidezöllen. Hieran zeigt sich deutlich, wie selbst in dem sich noch demokratisch glaubenden und gewissermaßen auch noch demokratisch fühlenden Bürgerthum die Wühlarbeit der Kornwucherer Verheerungen angerichtet hat. Abg. Heimburger, der Vorsitzende des engeren Ausschusses, also der Parteileitung, ist und als solcher auch wiedergewählt wurde, sowie Rechtsanwalt Schneider waren für eine „mäßige" Erhöhung der Getreidezölle, wozu Heimburger nach dem Bericht der „Frankf. Ztg." ausführte, daß in der Frage der Erhöhung der Getreidezölle die Volkspartei in sich nicht einig sei; dies nach außen offen zu bekennen, halte er für geboten nach dem Grundsatz, stets offene Wahrheit walten zu lassen. Er glaube auch nicht, daß er sich seiner Ansicht schämen müsse; und es sei andererseits ein ehrendes Zeugniß für die Volkspartei, daß nicht der Versuch gemacht werde, eine abweichende Ansicht zu unterdrücken. Er und einige seiner politischen Freunde treten für eine mäßige Erhöhung der Getreidezölle ein; dabei stehen sie aber auf dem Standpunkt, daß an der Handelsvertragspolitik unbedingt festgehalten werden muß. Die Erfahrungen mit den Handelsverträgen seien derartige, daß er es gradezu für ein Verbrechen halten würde, wenn man davon abgehen wollte. Wenn er der Ansicht wäre, daß eine Weiterführung der Vertragspolitik ohne Zollerhöhung unmöglich wäre, so würde er auf die Erhöhung verzichten müssen. Auf die Einzelheiten der Frage wolle er bei der vorgerückten Zeit nicht eingehen; doch dürfe man bei der Beurtheilung nicht die Theorie allein walten lassen, man müsse auch die Praxis berücksichtigen. Bedauerlich sei es ja gewiß, daß der ostelbische Junker den größten Nutzen von den Zöllen habe; das sei aber eine Folge der großkapitalistischen Wirthschaftsordnung überhaupt, und sie trete auch bei dem Großindustriellen in gleicher Weise ein. Die Bauern seien trotzdem der überwiegenden Meinung, daß auch sie einen Vortheil von den Getreidezöllen hätten. Von anderer Seite wurde die Theorie Heimburgers bekämpft und darauf hingewiesen, daß nur eine kleine Minderheit in der Partei für Getreidezölle sei. Irgend eine Direktive gab indessen der Parteitag nicht, und so mag denn der Volksparteiler Arm in Arm mit dem ostelbischen Junker gehen, ohne sein Parteigewissen zu belasten. Eine Abstimmung gab es nämlich nicht, wohl wegen der „vorgerückten Zeit" und weil man noch schnell die Vorstandswahl erledigen mußte, ehe das Mittagessen kalt wurde. Letzteres stand nämlich bereits auf dem Tisch und erschien jedenfalls wichtiger als der Getreidezoll, denn, so lesen wir in der „Frankf. Ztg.": „An dem anschließenden Mittagessen war die Betheiligung gleichfalls eine recht lebhafte. Es sprachen Stebel-Freiburg, Oeser-Frankfurt, Muser-Offenburg, Delisle-Karlsruhe, Fulda-Mannheim ꝛc." Es klingt wie eine bittere Satire; aber so steht es in dem demokratischen Organ!

Ueber die schneidige Militärherrschaft in Deutsch-Südwestafrika klagt eine Zuschrift, die „von wohl unterrichteter Seite" dem kolonialfreundlichen „Berl. Tageblatt" zugeht. Es heißt darin: Die Grootfonteiner Bastards hätten sich mit Recht geweigert, der Schutztruppe die gewünschte Zahl Pferde zu einem Kriegszuge gegen Norden zur Verfügung zu stellen. Eine vertragsmäßige Verpflichtung dazu sei nicht vorhanden. Pferdemusterungen seien überhaupt etwas ganz neues im Lande. Die Leute hätten bei ihrem Widerstande nur von ihrem vermeintlichen Hausrecht Gebrauch gemacht. Aber der Gouverneur Leutwein verstehe es nicht, die jüngeren thatendurstigen Offiziere zu zügeln in ihrem militärischen Eifer. Das beweise schon der Fall Sachs aus dem Jahre 1897. Sachs, der Postverwalter im Schutzgebiet Okahantje, sei auf Befehl des Distriktsvorstehers verhaftet worden, weil er auf der Durchreise unterlassen hatte, sich vorschriftsmäßig beim Distriktschef zu melden. Eine Be-

---

Anwalt, der im Korridor vor der Thür wie eine Schildwache auf und nieder ging, wollte diese Frist wie eine Ewigkeit erscheinen. Auch dem Aufseher wurde die Sache auffällig. Der eifrige, aber sehr geschwätzige Mensch, den Berger seit langen Jahren kannte, trat mit vertraulichem Lächeln auf den Anwalt zu. „Da drinnen geht — also natürlich! — was ganz Besonderes vor!" meinte er und wies schmunzelnd mit der Hand nach der Zelle. „Was ganz Besonderes!"

Berger starrte den Mann zuerst so fassungslos an, als ob ihm dieser eben gesagt hätte, daß er das Geheimniß kenne. „Was meinen Sie da?" stieß er dann hervor. „Sie haben nichts zu meinen!"

Der Aufseher blickte ihn befremdet an. „Unsereins hat eben auch — also natürlich — seine Gedanken," sagte er. „Das ist ja seit gestern ein Zulauf nach der Zelle, als ob dort eine Prinzessin säße! Der Arzt, der Pfarrer und Sie, Herr Doktor — und nun der Herr Präsident, noch dazu fast eine ganze Stunde lang! Das kommt doch nicht alle Tage vor, und ich weiß auch schon, wie sich's erklärt!"

Der Anwalt zwang sich zu einem Lächeln. „Natürlich, weil Sie ein so pfiffiger Mensch sind, Höbinger! Wie erklärt sich's denn?"

„Nun, mit Ihnen kann ich schon — also natürlich! — darüber sprechen," erwiderte der Mann geschmeichelt, „obwohl Sie der Vertheidiger sind und der Freund des Präsidenten. Aber Sie haben ja im Jahre Achtundvierzig die großen Reden gehalten und waren immer für das Volk, Sie werden mich nicht verrathen, Herr Doktor. Also natürlich! die alte Geschichte: es giebt keine Gleichheit auf der Welt! Wäre die da drinnen eine Magd, und hätte ein Knecht sie verführt, kein Mensch würde sich um sie bekümmern! Aber sie ist eine gebildete Person, und was die Hauptsache ist: ihr Verführer ist ein Graf, das ändert die Sache! Verurtheilen muß man sie — also natürlich! — weil es das Gesetz so verlangt, aber dann sorgt man sich um sie, und wenn sie mit einer geringeren Strafe davonkäme, mich sollt's nicht wundern! Der Herr Kerkermeister meint freilich, daß das Unsinn ist; wenn sie Protektion hätte, sagt er, wäre der Herr von Werner anders gegen sie gewesen: der Herr Vice-Präsident, sagt er, hat für Protektion eine feine Nase; Sie Höbinger, sagt er, sind — also natürlich! — ein Esel! Aber ich weiß, was ich weiß, und seit der Herr Präsident sich selbst herbemüht haben, und nicht zu einer allgemeinen Inspektion, sondern zu einem besonderen Besuch, der so lange dauert, wie man nie Aehnliches erlebt hat, bin ich völlig überzeugt, und nicht ich, sondern im Gegentheil der Herr Kerkermeister ..."

Aber diese Respektwidrigkeit brachte der schlaue Mann doch nicht über die Lippen, sondern begnügte sich, triumphirend zu schließen: „Also natürlich! — ist es nicht so, Herr Doktor?!"

Berger hielt es für das Beste, keine bestimmte Antwort zu geben. Wenn diese Plaudertasche ihren Verdacht den anderen Bediensteten mittheilte, so war dies ja schließlich doch noch die harmloseste Deutung, darum sagte er nur: „Sie denken zu viel, Höbinger! Das ist schon manchem gefährlich geworden! ..."

Und wieder war eine halbe Stunde vergangen, die Besorgniß, die Ungeduld des Anwalts stieg aufs Höchste. Er schwankte, ob er dies lange Verweilen Sendlingens im guten oder schlimmen Sinne zu deuten habe; aber selbst wenn es diesem gelungen, seines Kindes Herz zu rühren, so war doch jede fernere Unterredung an diesem Orte, unter diesen Verhältnissen eine Gefahr. Und wie groß diese Gefahr war, sollte Berger sofort deutlich genug erkennen.

Auch der schlaue Höbinger schlich immer unruhiger um die Zelle. Nur die Anwesenheit Bergers hinderte ihn, das Ohr ans Schlüsselloch zu bringen, oder gar jenes kleine Guckfensterchen in der Thür zu öffnen, durch welches er stets, vom Gefangenen unbemerkt, das Innere jeder Zelle überblicken konnte.

Immer mächtiger zog es ihn hin; seine Hand zuckte nach dem Knopf, auf dessen Druck sich das Fensterchen öffnete. Endlich, da Berger ihm just den Rücken drehte, unterlag er seiner Neugier; die Klappe fiel lautlos herab — er wollte sein Auge an die Oeffnung legen —

In diesem Momente wandte sich Berger zufällig um. „Was treiben Sie da?!" schrie er auf, daß der Mann zusammenfuhr und zurückwich. Im nächsten Athemzuge war der Anwalt neben ihm, faßte seinen Arm und schleuderte ihn hinweg. „Welche Frechheit!" rief er.

Der Aufseher zitterte an allen Gliedern. „Um Gotteswillen!" flehte er, „machen Sie mich nicht unglücklich ... Ich wollte nur nachsehen, ob ... ob der Herr Präsident wohl ist!"

„Lüge!" rief der Anwalt absichtlich sehr laut. „Sie haben sich erfrecht ..."

Er brauchte den Satz nicht zu Ende zu bringen; was er wollte, war erreicht: Sendlingen öffnete die Thüre der Zelle und trat hervor. Sein Antlitz hatte jenen Ausdruck freundlicher Ruhe, den es sonst zu tragen pflegte, er schien völlige Selbstbeherrschung zurückgewonnen zu haben.

„Schließen Sie wieder!" befahl er dem Aufseher. Es schien ihm klar, was eben vorgegangen, denn er that keine Frage.

(Fortsetzung folgt.)

schwerde des Reichspostamts gegen dieses Vorgehen habe nur den Erfolg gehabt, daß der betreffende Offizier nach Windhoek als Adjutant zur Feldtruppe kam, was man schwerlich als Strafversetzung gelten lassen kann. Wenige Tage darauf wurde Sachs in einem Duell tödtlich verwundet und starb vier Wochen später. — Welchen Begriff müssen die Schwarzen, vor deren Augen sich doch dies alles abspielt, von den deutschen „Kulturbringern" wohl bekommen?

Oesterreich-Ungarn.

Galizische Dreyfusiade. In diesen Tagen hat das Lemberger Gericht die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen einen Mann beschlossen, der wegen angeblicher Spionage vier Jahre unschuldig im Kerker zugebracht hat. Im November 1890 bemerkte man in der Krakauer Direktion der Kriegsingenieure, daß 25 Festungspläne aus dem Bureau gestohlen waren. Der damalige Festungskommandant Kriegshammer erklärte, daß der Diebstahl nur von einem Fremden begangen sein könne. Trotzdem wurden die Rechnungsbeamten Stiller und Szeliga verhaftet. Man stellte sie vor ein Zivilgericht, trotzdem sie Militärpersonen waren. Das Gericht konnte den Angeklagten nichts beweisen und hat sie seiner Zeit auch zu je vier Jahren schwerem Kerker verurtheilt. Schon während der Untersuchung zeigte sich, daß ein gewisser Rud. Hermann sich mit dem Diebstahl von Festungsplänen beschäftige, um sie nach Warschau zu bringen. Sechs Wochen nach der Verurtheilung Stillers gab Hermann den Diebstahl auch zu. Trotzdem ließ man die beiden Verurtheilten weiter im Gefängniß schmachten. Szeliga starb hinter den Kerkermauern. . . . Stiller hat, nachdem er entlassen wurde, seine Rehabilitation mit aller Energie betrieben. Den ersten Erfolg kann er jetzt verzeichnen. Wie ein Krakauer Blatt mittheilt, hat Genosse Daszynski, der Abgeordnete von Krakau, im Reichsrath eine Interpellation in der Angelegenheit eingebracht.

England.

Die revolutionäre City. Man schreibt uns: Wer ist der theuerste Mensch in ganz England? Herr Chamberlain, denn er hat dem Staat, nach der letzten Abrechnung über den südafrikanischen Krieg, den er provozirt hat, bereits über 3 Milliarden Mark gekostet, und die Sache will noch kein Ende haben. Bis jetzt wurden die englischen Kriegskosten hauptsächlich durch Anleihen gedeckt. Die „City" (Stadttheil Londons, in dem sich die großen Bank- und Handelshäuser befinden. Red. d. L. V.) that sich was darauf zu Gute, daß sie den Krieg „aus eigener Tasche bezahle" — selbstverständlich für angemessene Zinsen. Und der Kredit des Staates wurde immer theuerer, je mehr der Krieg sich hinzog. Ihren Grimm gegen die Buren ließ die Londoner Börse über den Zinsfuß der englischen Staatsanleihen aus. Sie führte diesen Krieg gegen den Staatssäckel mit viel mehr Erfolg, als die Roberts und Kitchener. Die erste Kriegsanleihe wurde zu 2¾ Prozent abgeschlossen, später mußte die Regierung 3½ und mehr Prozent zahlen. Der Kurs der englischen Konsols ist auf 95¼ Prozent gesunken, d. h. auf den niedrigsten Stand seit 1802. Unter diesem kostspieligen Börsenpatriotismus ging das Gleichgewicht des englischen Staatsbudgets in die Brüche. England war der einzige kapitalistische Staat, der regelmäßig, seit einer Reihe von Jahren, seine Staatsschuld verminderte. Neben der Aufnahme neuer Anleihen mußte nun aber auch die Tilgung der alten Schulden aufgehoben werden, um den steigenden Zinsenbedarf aufzubringen. Die Steuern wurden erhöht, und nun ist sogar, wie schon gemeldet, ein Zuckerzoll eingeführt und ein Ausfuhrzoll für Steinkohle angesetzt worden. Der letztere ist in diesem Augenblick der industriellen Verflauung doppelt lästig. England wurde in den letzten Jahren als das Land der Sozialreform gepriesen. Aber alle sozialreformerischen Redensarten werden zu Nichts vor der sozialrevolutionären Agitation der — Börse!

Rußland.

Zur diesjährigen Maifeier trifft die russische Polizei ganz außerordentliche Vorbereitungen. Man befürchtet Massendemonstrationen. Und allerdings ist die Situation sehr danach angethan. Die Gährung unter den Arbeitermassen ist nach allem, was man erfährt, sehr groß.

Die verschwundenen Millionen. Vor einiger Zeit brachten verschiedene Zeitungen (darunter auch unser Blatt. Red. d. „L. V.") die sonderbare Nachricht, daß sich in der Kasse des russischen Staatsschatzamtes ein Manko von 44 Millionen Rubel herausgestellt habe. Ein Herr Buch hat sich die Mühe gegeben, die Abrechnungen der Staatskontrole über die Ausführungen des Staatsbudgets seit 1886 nachzuprüfen, und siehe da, es fehlten 44 Millionen, der Baarbestand der Staatskasse wurde um 44 Millionen zu wenig angegeben! Jetzt ergreift die Staatskontrole selbst in der Angelegenheit das Wort. Ihre Erklärung ist einfach genug: das Manko entstand — von selbst. Nämlich, als der russische Rubelkurs gestiegen war, habe sich der Werth des Goldbestandes des Staatsschatzes um die Summe verringert. Wir lernen daraus die erstaunliche Thatsache kennen, daß in Rußland nicht das Papiergeld, sondern das Gold in seinem Werthe schwankt. Die Differenz entstand also dadurch, daß das russische Finanzministerium, als der Rubelkurs sank, den Goldbestand auf einen höheren Werth umrechnete, weshalb es dann, als der Kurs durch die Goldwährung festgelegt wurde, Streichungen vornehmen mußte, d. h. es hat Jahre lang Verlust als Gewinn in Rechnung gesetzt. In Wirklichkeit, wenn der russische Kurs sinkt, erhält Rußland doch nicht etwa mehr für sein Geld, sondern nur weniger für seine Kreditrubel. Um vergleichbare Zahlen zu erhalten, mußte die Staatskontrole das Papiergeld auf Gold umrechnen und nicht umgekehrt. Dann würde aber freilich der Staatsschatz zusammenschmelzen, statt, wie jetzt, nach jedem Kurssturz anzuschwellen. Erst ist der Werth des Geldbestandes „von selbst" gestiegen, dann ist er „von selbst" gesunken. Die 44 Millionen konnten nur deshalb unbemerkt verloren gehen, weil sie niemals vorhanden waren. Es war eine fiktive (eingebildete) Größe, eine unter vielen im russischen Budget, die mit der Einführung der Goldwährung verschwand.

Das russische Finanzministerium hat sich wohl gehütet, dasselbe rechnerische Verfahren, wie beim Staatsschatz, bei den Staatsschulden einzuführen, sondern es führte aber lieber die Gold- und die Papierschulden getrennt auf. Wenn eine rechnerische Vermehrung der Staatsschuld infolge sinkenden Geldkurses macht allerdings einen anderen Eindruck, als eine rechnerische Vermehrung des Staatsschatzes!

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In Schneidemühl in der Provinz Posen streiken zirka 90 Maurer. — Die organisirten Kürschner in Breslau beschlossen, den Prinzipalen einen Minimallohntarif zur Annahme zu unterbreiten. In Betracht kommen ungefähr 200 männliche und 300 weibliche Arbeiter, von denen reichlich zwei Drittel der Organisation angehören. — Eine allgemeine Lohnbewegung der Berliner Schlächtergesellen steht in Aussicht. Es soll eine Erhöhung der Löhne um 10—15 Prozent, Regelung der Arbeitszeit, der Sonntagsarbeit und des Kündigungswesens gefordert werden. In einer für Donnerstag einberufenen Versammlung soll über weitere Maßnahmen Beschluß gefaßt werden. — Der Hafenarbeiterstreik in Livorno (Italien) ist beendet. Ueber etwaige Erfolge der Arbeiter werden in den uns vorliegenden Meldungen keine Angaben gemacht.

Eine Massenagitation zur Beseitigung der Mißstände in der Berliner Konfektion ist in der dieser Tage stattgefundenen Konferenz der Schneider der Provinz Brandenburg beschlossen worden. Es sollen überall öffentliche Versammlungen abgehalten werden, in denen die Ausdehnung der Schutzgesetze für die Konfektionsarbeiter verlangt wird.

Im Bernsteinwerk Palmnicken an der Samlandküste hat kürzlich ein Streik stattgefunden, der freilich nur von kurzer Dauer war. In dem Bernsteinwerk, das der preußische Staat bekanntlich erst kürzlich von dem Kommerzienrath Becker erworben hat, erhielten die Bergarbeiter Schichtlöhne, was sie aber über eine bestimmte Wagenzahl hinaus leisteten, wurde ihnen in Akkord bezahlt. Wenn ein Arbeiter unter günstigen Verhältnissen sein Pensum frühzeitig fertig hatte, arbeitete er nicht selten noch ein oder zwei Stunden in Akkord. Die Arbeit im Bergwerk ist eine sehr anstrengende und ungesunde und der Schichtlohn unzureichend. Zum Vergnügen wurde Ueberarbeit nicht geleistet. Der neue Direktor Wonneberg wollte die Schichtlöhne abschaffen und nur noch im Akkord arbeiten lassen. Dagegen lehnten sich die Arbeiter auf, da sie durch Grubenwasser und andere Störungen oft stundenlang an der Arbeit gehindert werden. Ein Verhandeln mit dem Arbeiterausschuß lehnte der Direktor ab. Darauf stellten 200 Mann die Arbeit ein. Nach zwei Tagen erklärte er, es solle beim Alten bleiben. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen. 8 Mann wurden gemaßregelt. Die von der Welt ganz abgeschlossen am Meer hausenden Arbeiter haben das ruhig hingenommen. Die Leute haben sich bisher weder um eine Organisation noch um Politik gekümmert. Vielleicht wird es jetzt etwas anders.

Die Remscheider Polizei verbot den Maifestzug der Arbeiter.

Eine Landtags-Nachwahl hatte in Detmold stattzufinden, weil die Wahl des Genossen Obier für ungültig erklärt worden war. Für die Nachwahl war seitens unserer Partei Genosse Domscheit aufgestellt worden. Der erste Wahlgang brachte keine definitive Entscheidung; in der am Montag stattgehabten Stichwahl unterlag Genosse Domscheit seinem Gegenkandidaten Dr. Neumann-Hofer, der sieben Stimmen mehr erhielt. — Der Lippe'sche Landtag besteht aus 21 Abgeordneten, von denen 7 durch die Höchstbesteuerten, 7 von den geringer besteuerten und 7 von den anderen Wählern durch direkte geheime Wahlen gewählt werden. Um ein Mandat der dritten Klasse handelte es sich in diesem Falle.

Die Gewerkschaft der Buchdrucker, Schriftgießer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands hielt an den Ostertagen ihren dritten Kongreß in Kassel ab. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Pollender ist zu erwähnen, daß die Anforderungen an die Kassen erheblich gestiegen sind. Für die Agitation ist durch erhöhte Auflagen der „Buchdrucker-Wacht", Flugblätter und Entsendung von Rednern gesorgt worden. Die Broschüre „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung" ist in ca. 5000 Exemplaren verbreitet worden. Den Formstechern wurden 1324 Mk. an Streikunterstützung überwiesen. Ferner wurde einer streikenden Gewerkschaft ein Darlehen von 500 Mk. gewährt. Der Kassenbestand war am 1. Januar d. Js. 10470,52 Mk. Die Einnahmen betrugen im vorigen Jahre 15385,05 Mk., die Ausgaben 13220,99 Mk. Der Mitgliederstand ist 245. Dem Centralkomitee der Gewerkschaft wurde einstimmig die Zustimmung zu seiner anläßlich des Leipziger Konflikts getroffenen Maßnahmen ausgesprochen. Nach einem die Tariffrage beleuchtenden Referate Kressins wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Kongreß der Gewerkschaft der Buchdrucker 2c. erkennt, daß ihm ein entscheidender Einfluß auf die Gestaltung der Tariffrage nicht zu Gebote steht. Dennoch hält er sich verpflichtet, seiner Meinung Ausdruck zu geben, daß neben der Forderung einer den Theuerungsverhältnissen entsprechenden Lohnerhöhung eine Verkürzung der Arbeitszeit als unerläßliche Nothwendigkeit zu betrachten und demgemäß eine den Bedürfnissen der Gehilfen entsprechende Regelung der Arbeitszeit anzustreben ist. Der Kongreß erklärt die von Verbandsseite gegen die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit angeführten Gründe für Blendwerk. Die Weigerung des Verbandes, für diese wichtigste Forderung einzutreten, findet ihre Erklärung einzig in der Befürchtung, daß dadurch die Tarifgemeinschaft ihr Ende finden und das sogenannte „gute Einvernehmen" mit den Prinzipalen gestört werden könnte. Eine Tarifgemeinschaft aber, die die Unterwürfigkeit der Gehülfen zur Voraussetzung hat und die nur durch diese Gehülfeneigenschaft aufrecht zu erhalten ist, kann nimmermehr im Interesse der Gehülfen liegen. Der Kongreß spricht deshalb der gegenwärtigen Tarifgemeinschaft die Existenzberechtigung ab und verurtheilt die schmachvolle Haltung des Verbandes der deutschen Buchdrucker." Ein Antrag des Zentralkomitees, den Beitrag um 20 Pfg. pro Woche zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen. Von dem einer Gewerkschaft gewährten Darlehen wurden 100 Mark erlassen. Das Organ, die „Buchdrucker-Wacht", die bisher als freies Organ aller fortgeschrittenen Buchdrucker bestand, sollte nach einem Antrage in das Eigenthum der Gewerkschaft überführt werden. Die Abstimmung ergab jedoch die Ablehnung des Antrages. Als Redakteur wurde Kressin wiedergewählt. Ein Defizit des Blattes in Höhe von 384,40 Mk. wurde von der Gewerkschaft übernommen. Der Sitz des Centralkomitees bleibt in Leipzig, ebenso wurde der Sitz der Kontrollkommission wiederum Berlin zugewiesen. Der nächste Kongreß soll in Halle tagen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Wie die „Königsberger Hartung'sche Zeitung" aus Tilsit meldet, wurde der dortige, in den achtziger Jahren stehende praktische Arzt Dr. Heydenreich in seiner Wohnung mit einem Stich im Halse todt aufgefunden. Nach den bisherigen Ermittelungen liegt ein Mord vor. Als Mörder des Arztes Heydenreich wurde der aus Insterburg gebürtige Tapezirer Förmer ermittelt. Er hat die That eingestanden. Die Uhr des Ermordeten und 800 Mk. wurden im Ofen in Förmers Wohnung vorgefunden. — Wegen Mißhandlung einer siebzigjährigen Frau wurde der Schutzmann Moritz in Berlin zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt. — Das Feuer auf der Grube „Henriette" bei Sallgast ist gelöscht. Die Berliner Feuerwehr kehrte Dienstag Nachmittag nach Berlin zurück. — Unfall auf der Magdeburger Radrennbahn. Auf ebenso traurige, wie eigenartige Weise ist auf der Rennbahn in Magdeburg ein Zuschauer ums Leben gekommen. Der Tapezirer Hugo Hudemann beugte sich auf der Radrennbahn am Sachsenring weit über die Brüstung, um das Rennen verfolgen zu können. Plötzlich kam ein Rennfahrer auf der Kurvenüberhöhung herausgesaust. Die Lenkstange traf den Zuschauer am Kopf. Ein schwerer Schädelbruch war die Folge, und in kurzer Zeit war Hudemann eine Leiche. — Wegen Ermordung seiner Schwägerin verurtheilte das Schwurgericht in Mannheim den Tagelöhner Heckmann aus Eiterbach zum Tode. — Wegen Engelmacherei wurden nach dem „Berl. Tagebl." in Christiania drei Frauenspersonen verhaftet; sie hatten 30 Säuglinge in Pflege genommen, wovon etwa 24 in kurzer Zeit gestorben sind. — Eine Kesselexplosion fand an Bord des Dampfers „Ramona" auf der Fahrt nach Fraser-River statt, wodurch das Schiff wrack wurde. Zehn Personen sind getödtet, eine große Anzahl theils schwer verletzt. — Vom Hochwasser in Nord-Amerika wird weiter gemeldet: Das Hochwasser in Pittsburg fällt schnell; einige Personen sind ums Leben gekommen; der Schaden wird auf drei Millionen Dollars geschätzt. Auch in Connecticut und Massachusetts wurde durch Ueberschwemmungen viel Schaden angerichtet. In Cincinnati herrscht große Besorgniß; dort erwartete man für Montag Mittag den Höhepunkt der Fluth. Fortdauernd laufen Meldungen über Hochwasser aus den Städten von West-Virginia, Kentucky und Ohio ein. Viele Menschen sind obdachlos; es herrscht große Noth.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Vom Landgerichte Halle a. S. ist am 22. Dezember v. J. der Redakteur des „Volksblattes", Genosse Wilhelm Swienty, wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. In der am 25. November v. J. erschienenen Nummer des „Volksblattes" war ein aus einem anderen Blatte abgedrucktes Gedicht „Hunnenmedaillen" enthalten, das auf die für die Chinakrieger bestimmten Erinnerungsmedaillen und die bekannten Reden des Kaisers in Bremen Bezug hatte, wenigstens nach den Feststellunger des Landgerichtes. Dieses hat eine Verhöhnung des Kaisers in einer Stelle des Gedichtes erblickt. Die Revision des Angeklagten, von seinem Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Liebknecht in Berlin, schriftlich begründet, kam am 22. April vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung. Der Reichsanwalt erklärte die beiden materiellen Rügen für begründet. Das Urtheil lasse nicht mit der erforderlichen Klarheit erkennen, worin die Kundgebung der Mißachtung gefunden worden ist. Des weiteren scheine aber auch der Begriff der Beleidigung verkannt zu sein. Das Reichsgericht theilte diese Bedenken, hob das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

„Was ich bin und was ich habe . . ." Tiefes Mitleid erregte beim Schöffengericht zu Spandau der Militärinvalide P., der wegen Diebstahls angeklagt war. Er hat den Krieg von 1870/71 mitgemacht und ist infolge der im Feldzuge erlittenen Strapazen schon vorzeitig gebrechlich geworden, so daß seine Erwerbsfähigkeit nur sehr beschränkt ist. Er lebt in den dürftigsten Verhältnissen. Im vorigen Winter hatte er sich auf dem Döberitzer Forstgelände, wo Abholzungen stattfanden, ein paar Scheite Holz angeeignet, um seine Wohnung damit zu erwärmen. Er wurde abgefaßt, und infolgedessen hatte der alte Kriegsveteran, der noch vollkommen unbestraft war, zum ersten Mal in seinem Leben vor dem Strafrichter zu erscheinen. Das Schöffengericht erkannte auf die niedrigste zulässige Strafe von 1 Tag Gefängniß. — Von den Dotationen im Betrage von 12 Millionen Mark, welche unmittelbar nach dem Kriege an einige Generäle gezahlt wurden, ist leider für den armen Teufel von Invaliden, der um ein paar Scheite Holz seine Makellosigkeit preisgeben mußte, damals nichts abgefallen.

Elberfelder Militärbefreiungsprozeß. In der Verhandlung am Montag wurden mehrere Fälle verhandelt, in denen Dr. Schimmel Militärpflichtige für untauglich erklärt hatte. Diese Fälle waren ebenfalls verjährt, da sie in die Zeit von 1886—92 fallen. In zwei Fällen wurden die Betreffenden, Kaufmann Gomma aus Remscheid, in Osnabrück und der andere, Fabrikant Everts aus Remscheid, in Bischweiler von Dr. Schimmel untersucht und für untauglich erklärt. Bei der darauf folgenden, in Remscheid abgehaltenen Musterung wurde jedoch Everts als tauglich für alle Waffen, und Gomma für Infanterie und Artillerie tauglich erklärt. Everts trat auch wirklich bei der Feldartillerie in Jülich ein, bekam aber asthmatische Anfälle und mußte nach 7 Wochen wieder entlassen werden. Everts ließ es sich ein hübsch Stück Geld kosten, trat mit Strucksberg und Baumann in Verbindung und zahlte an Strucksberg 3000 Mk., an Baumann 1200 Mk. Spesen. Gomma nahm nach seiner Aushebung Urlaub, ging nach Batavia und schickte von dort aus das Attest eines Marinearztes durch den dortigen Konsul ein, auf Grund dessen ihn auch die Heimathsbehörde für dauernd untauglich erklärte. Ein Gutachten des Regimentskommandos bezeichnete das Verfahren Dr. Schimmels in zwei weiteren Fällen als nicht auffallend, so daß dieser auch diesmal ziemlich gut abschnitt. Dienstag gelangte ein Physikatsattest zur Verlesung, wonach der Zeuge Generalarzt a. D. Lindemann krankheitshalber nicht erscheinen konnte. Sodann wurden Fälle behandelt, die den Angeklagten Baumann beschuldigen, mit Gestellungspflichtigen nach Münster und Bischweiler zur Musterung gefahren zu sein und denselben auch

Pillen gegeben zu haben. Baumann behauptete, davon nichts zu wissen. Auf eine Bemerkung des Zeugen, Sanitätsraths Holzschneider-Cronenberg, erklärte der erste Staatsanwalts Jonen, es bestehe lediglich gegen Schimmel und Lindemann der Verdacht, mit Baumann in Verbindung gestanden zu haben, die andern Aerzte seien getäuscht worden. Die Verhandlung bezwecke, festzustellen, ob der Verdacht gegen Schimmel und Lindemann begründet sei, oder ob auch sie getäuscht worden seien.

Behörde und Sozialdemokratie. Aus Königsberg i. Pr. wird geschrieben: Vor der Strafkammer des Königsberger Landgerichtes stand am Sonnabend Genosse Oberüber, der eine Zeitlang für die „Königsberger Volkstribüne" verantwortlich gezeichnet hatte. Kurz vor der Umwandlung des Königsberger Parteiblattes in ein Tageblatt hatte der Verleger an das Polizeipräsidium das Ersuchen gerichtet, dem Blatt zu den gleichen Bedingungen wie allen anderen Zeitungen am Ort die Polizeiberichte zuzustellen. Der Polizeipräsident lehnte das ab. In einer Notiz, überschrieben „Zweierlei Maß", wurde der Bescheid des Polizeipräsidenten besprochen. Durch die Form, in der das geschah, fühlte sich die Polizei beleidigt, die betreffende Nummer wurde beschlagnahmt und die Staatsanwaltschaft erhob Anklage. Der Vorsitzende der Strafkammer, Dr. Thiessen, fragte den Angeklagten erst, ob das Blatt sozialdemokratische Tendenz habe, ferner, ob er selbst Sozialdemokrat sei. Dann richtete er wiederholt an Oberüber die Frage, und zwar in auffallend starker Betonung, ob er wirklich geglaubt habe, eine königliche Behörde werde der Sozialdemokratie Vorschub leisten, indem sie einem ihrer Organe die Polizeiberichte zur Verfügung stelle. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Haase, hielt dem Herrn in seinem Plaidoyer eine längere Vorlesung darüber, daß es in Preußen seit dem Fall des Sozialistengesetzes nicht mehr Staatsbürger minderen Rechts gebe und daß die Polizei bei allen ihren Handlungen Unterschiede zwischen Personen und Parteien nicht zu machen habe. — Oberüber wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte 100 Mk. Geldstrafe beantragt.

Welche Reptilien soll man tödten? Jetzt in der warmen Frühjahrssonne kommen die Reptilien wieder aus ihrem Winterschlafe an die Oberfläche. Die meisten sind den Menschen unsympathisch, daher verfolgt und tödtet er sie, obgleich viele geradezu geschont werden sollten, da sie durch Vertilgen von Ungeziefer nützen. Vielleicht kann folgende kleine Aufstellung in dieser Hinsicht vortheilhaft sein: Nützliche Thiere: 1) Blindschleichen, 20—30 cm lang, dünn, schlängelt sich zierlich dahin. 2) Ringelnatter, 40—60 cm lang, oben schiefergrau mit matten dunklen Abzeichen, unten schwefelgelb. 3) Eidechsen. 4) Frösche. 5) Kröten. Giftig und daher zu vertilgen ist einzig die Kreuzotter, 30—40 cm lang, träge, dick, braun mit deutlichen schwarzen Abzeichen, rollt sich zusammen, um auf den Angreifer zu „schlagen". Mit einem biegsamen Stock schlägt man sie am besten hart über den Rücken; ist mit einem wohlgezielten Hiebe das Rückgrat zerbrochen, so ist die Otter kaum noch bewegungsfähig und kann dann leichter getödtet werden.

Durch die Luft über den Ozean. Wie der „Figaro" meldet, faßte der Luftschiffer Godard den Plan, mittels eines 11 000 Kubikmeter fassenden Luftballons den atlantischen Ozean zu überfliegen. Godard glaubt, die Reise im günstigsten Falle in 5 und im ungünstigsten in 12 Tagen zurückzulegen. An der Fahrt nehmen 10 Personen Theil. Die Kosten sollen durch Subskriptionen in Nordamerika aufgebracht werden.

Literarisches.

Ich fühle es, ich weiß es, aber ich kann's nicht von mir geben! Wie oft hört man diesen Ausspruch, wenn in einem größeren Kreise von Personen, in Vereinen und Versammlungen Beschlüsse gefaßt werden, die den andern wider den Strich gehen. Da hilft nur: Reden lernen, um für die Zukunft zweckwidrige Beschlüsse zu vereiteln. Das freie Wort muß Gemeingut aller Deutschen werden. Diese Devise hat sich der als Redner rühmlich bekannte Schriftsteller Manfred Wittich gestellt, in dem er das Werk: „Die Kunst der Rede", Verlag von Richard Lipinski, Leipzig, Reudnitzerstraße 11, Preis 1 Mark, verfaßte. Den Zweck seines Werkes faßt der Autor in der Vorrede kurz dahin zusammen: „Ich will kein gelehrtes System der Rhetorik, kein Schulbuch mit pedantischen Paragraphen und Regeln, sondern eine lesbare, anschauliche und praktische Anweisung geben, wie sich ein Kind des Volkes die geistige Unbefangenheit und formale Fähigkeit zu öffentlichen Reden aneignen kann. Ich will am „Webstuhl der Zeit" mitarbeiten und mitwirken insofern, als ich das allen gemeinsame Instrument der Rede, der Sprache wirksamer machen will, als es bisher gewesen ist." In demselben Verlage sind unter dem Gemeintitel: „Bibliothek des praktischen Wissens" folgende von tüchtigen Fachleuten geschriebene gemeinnützige Bücher erschienen: Herman Pilz, Das Ehe- und Familienrecht. 75 Pfg. Das Vormundschaftsrecht. 75 Pfg. Das Erbrecht und die Testamente. 75 Pfg. Das Recht des unehelichen Kindes und die Ansprüche der Kindsmütter. 75 Pfg. Fritz Hartwig, die Rechte des Angeklagten. 50 Pfg.

1901 Mai-Feier 1901

Mittwoch den 1. Mai:

Morgenfeier im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52, bestehend in: Ansprache, Concert, Gesangvorträgen der Arbeitergesangvereine, Aufführungen des hiesigen Arbeiter-Turnvereins und des Arbeiter-Radfahrervereins und allgemeinem Gesang. Anfang der Feier Morgens präcise 9 Uhr. Nachmittags: **Ausflug sämmtlicher Gewerkschaften und Vereine** mit Fahnen und Bannern und unter Begleitung von 5 Musikkapellen nach **„Buntekuh".** Aufstellung der verschiedenen Gewerkschaften und Vereine Nachmittags 1½ Uhr in der Hansastraße (St. Lorenz). **Abmarsch** von dort präcise 2 Uhr nach dem Grundstück des Herrn Wegner-Buntekuh. Nach Ankunft dortselbst: **Ansprache** des Genossen **Th. Schwartz.** Musik- und Gesangvorträge. Hierauf: **Concert** auf dem Festplatze und in den verschiedenen Lokalen Moislings bis 7¼ Uhr Abends. **Rückmarsch** um 7¾ Uhr mit Musik durch die Moislinger Allee bis zur Lachswehr-Allee, woselbst Auflösung des Zuges.

Gewerkschaften und Vereine, welche sich am Ausfluge betheiligen wollen, werden ersucht, dies spätestens bis zum Sonnabend den 27. April dem Genossen Menschel, Untertrave 53, mitzutheilen. Gewerkschaften, die noch keine Karten zum Vertrieb übernommen haben, werden ersucht, solche baldigst vom Genossen Reppenhagen, Johannisstraße 46, zu entnehmen. Außerdem sind noch Karten à 20 Pfg. zu haben bei A. Stolle, Johannisstraße 50/52; C. Wittfoot, Hüxstraße 18; H. Boysen, Böttcherstraße 18; W. Menschel, Untertrave 53; G. Meyer, Glockenstraße 18; F. Leeke, Lederstraße 3 und in der Exped. des „Lüb. Volksb."

Die Karten sind sichtbar zu tragen.

Die Gewerkschaften werden noch ersucht, auf je 25 Mitglieder ein Mitglied in das Hülfscomitee zu entsenden.

Um recht rege Betheiligung ersucht

Das Comitee.

Bekanntmachung.

Meinen werthen Kunden und Gönnern zur gefl. Nachricht, daß ich die Preise **nicht erhöhe,** sondern die alten Preise beibehalte.

Zugleich ich um ferneres Wohlwollen bitte, zeichne hochachtend

Anton Grewe, Barbier
Hagenburger Allee 55 c.

Empfehle bei billigsten Preisen mein großes Lager in **Schuhwaaren, Gardersben, Hüten, Mützen, Kajen, Hemden, Manufactur u. s. w.**
Rud. Kracht, Ratzebg. Allee 40.

F. M. & Co.
und Preß-Commission
Freitag den 26. dss.

Hansa-Brauerei Aktiengesellschaft
Lübeck.
— Fernsprecher 161. —

Wir empfehlen unsere ausschliesslich aus bestem Hopfen und Gerstenmalz bereiteten

Lager- und Tafelbiere

in bekannter Güte, sowie unser

Kapuzinerbräu

welches nach **Münchener Art,** ebenfalls streng nach den Vorschriften des bayrischen Braugesetzes gebraut ist, und erbitten uns Bestellungen direct oder durch die Bierführer.

Concerthaus Fünthausen
Donnerstag den 25. April:
Zum letzten Male:
Die
Jungfrau von Orleans
Großartigste kinematographische Aufnahme nach dem größten Ausstattungstheater u von der ersten Künstlerin in Paris colorirt, in 6 Abtheil. und 12 Bildern.
Vorher 30 interessante Scenen in 3 Abtheilungen.
Von Freitag an vollständig neues Progr.
Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
Hochachtungsvoll **L. Herwig.**
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Preise der Plätze: Sperrsitz und Loge 1 Mk, 2. Platz 60 Pfg, 3. Platz 30 Pfg.
Vorverkauf: **Nagel,** am Markt, **John,** Schüsselbuden, **Möller,** Holstenstraße. 1. Platz 75 Pfg., 2 Platz 50 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.